

Deutsche

Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Gehilfen, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Süßkoladen- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Ersteinst jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis: pro dreizeiliger Pettzeile 50 Pfg., für die Zeilen 30 Pfg.

Vom Haushaltsplan für das Reichsamt des Innern.

Der Reichstag hat mit der zweiten Lesung des Haushaltsplanes für das Reich begonnen. Es wird auch in diesem Jahre verhältnismäßig viel Zeit auf die Beratung des Teils verwendet, der das Reichsamt des Innern betrifft. Das wird — wie auch schon in früheren Jahren — Anlaß zu der Klage geben, daß der Reichstag es an einer sachgemäßen Regelung dieser Beratung fehlen lasse.

Der Reichstag hat aber bereits wiederholt eine solche Regelung versucht, konnte sie jedoch nicht erreichen. Die Schwierigkeit liegt darin, daß sich die Tätigkeit des Reichsamts des Innern auf ein sehr weites Gebiet erstreckt, das zu einem guten Teile besondere Beachtung auch der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft beansprucht, weil es sich hier ausnahmsweise — nicht um Militarismus und Erwerbslosigkeit, sondern um solche Bestrebungen handelt, die wirklich für die Menschheit nützlich sind.

Der „Ordentliche Etat“ für das Reichsamt des Innern beginnt in seinen Ausgaben mit den „Fortdauernden Ausgaben“. Hier stehen an erster Stelle die Befoldungen und weiteren Ausgaben für die Beamten im Reichsamt des Innern mit mehr als zwei Millionen Mark. Dies ist aber bei weitem nicht der ganze Betrag für die Beamten. Dem Reichsamt des Innern sind noch viele besondere Ämter unterstellt; hier ist noch ein ganzes Heer von Beamten beschäftigt, und für sie muß das Reich noch weitere Millionen Mark ausgeben.

In dem Haushaltsplan folgen jedoch nach den Ausgaben für die Beamten des Hauptamtes zunächst „Allgemeine Fonds“, das sind dauernde Ausgaben zur Förderung ganz verschiedenartiger Bestrebungen. So für Wissenschaft und Kunst, für See- und Luftschifffahrt, für Binnen- und Seefischerei, für Handel und Gewerbe, für Landwirtschaft, für Denkmäler, für Volkswohlfahrt. Hier finden wir auch die Belastung des Reichs aus den Leistungen nach der Reichsversicherungsordnung und zwar:

Aus den Invaliden- und Altersrenten...	Mk. 55 510 279
„ „ Invalidenkrankenrenten	960 000
„ „ Witwen- und Waisenrenten	2 135 500
„ „ Witwenkrankenrenten	10 000
„ „ einmaligen Leistungen	446 000
zur Abrundung	221

In ganzen Mk. 59 062 000

Die Zunahme gegen das Vorjahr beträgt zwei Millionen Mark. — Für die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften sind mehr als sechs Millionen Mark eingesetzt; hier ist eine Zunahme von ein- und zwei Millionen Mark gegen das Vorjahr. Dies hat einen für viele Arbeiterfamilien sehr unangenehmen Grund; es sollen im nächsten Jahre 255 995 Mann mehr zu Friedensübungen eingesetzt werden. — Zur Unterhaltung der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt werden wie im Vorjahr Mk. 45 000 verlangt. — Ebenso ist der Zuschuß an die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz gleich geblieben; er beträgt Mk. 8000. Dagegen soll der Beitrag für den Verband Deutscher Arbeitsnachweise von Mk. 30 000 auf Mk. 50 000 erhöht werden.

Der nächste Abschnitt des Haushaltsplanes umfaßt die Reichskommissariate. Es sind dies: Für Überwachung des Auswanderungswesens; Reichs-Schulkommission; Technische Kommission für Seeschifffahrt; Schiffsingenieur-, Seemaschinen-, Steuern- und Schiffsprüfungs-wesen; Wägen-anstalt, Berufungskammer in Vörsen, Ehrengerichtssachen und Berufungskommission für das Ordnungsstrafverfahren.

Daran schließen sich die Aufstellungen für das „Bundesamt für das Heimatwesen“, Schiffsovermessungsamt, Ausführung des Kalifgesetzes, Entscheidende Disziplinärbehörden, Behörden für die Untersuchung von Secunfällen, Sta-

tistisches Amt, Normal-Sichungskommission, Gesundheitsamt, Biologische Anstalt für Land- und Forstwirtschaft, Patentamt, Reichsversicherungsammt, Physikalisch-Technische Reichsanstalt, Kanalamt, Aufsichtsammt für Privatversicherung.

Beim Statistischen Amt nimmt die Arbeit in der Abteilung für Arbeiterstatistik ständig zu, teils infolge der Entwicklung der Arbeitsmarkt- und Arbeitsnachweisstatistik, der Ausdehnung der Organisationsstatistik auf die neu entstehenden Angestelltenverbände, der Bestrebungen auf Vereinigung der Verbände sowohl bei den Unternehmern als auch bei den Arbeitern, des Ausbaus der Tarifstatistik zu einer Bestandsstatistik, teils dadurch, daß der Abteilung neue Aufgaben zugewiesen werden. Aus diesem Grunde soll ein Mitglied mehr angestellt werden.

Mit dem Gesundheitsamt steht eine der einmaligen Ausgaben in Verbindung. Daher sei sie schon hier erwähnt. Aus verschiedenen Gründen, so heißt es in der Erläuterung der Forderung, hat es sich als notwendig erwiesen, die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in der Schwefelsäure-, Salzsäure-, Salpetersäure- und Sodaindustrie eingehend zu untersuchen. Das Reichsgesundheitsamt ist beauftragt worden, die erforderlichen Untersuchungen anzustellen und ein Gutachten vorzulegen. Die Untersuchung wird voraussichtlich eine Reihe von Jahren in Anspruch nehmen. Die Kosten werden sich auf Mk. 50 000 belaufen. Davon sind in diesem Jahre Mk. 12 500 eingesetzt.

Auch die Geschäfte des Aufsichtsamtes für Privatversicherung sind stark angewachsen. Und zwar deshalb, weil am 1. Juni 1912 und am 1. Januar 1913 die größeren freien Hilfskassen und etwa 300 bayerische Versicherungsunternehmen unter die Reichsaufsicht gekommen sind. Dies erfordert die Anstellung weiterer Beamten. Ferner erscheint die Kraft eines ständigen Mitgliedes im Hauptamt notwendig zur Erledigung der vermehrten technisch-mathematischen Aufgaben. Insbesondere muß für die Spruchstungen in Angelegenheiten der Krankenkassen und der Sterbekassen sowie der Pensionskassen als stimmberechtigtes Mitglied ein Berichtserfasser vorhanden sein, der mit den Arbeiten dieser Kassen und mit der Aufsicht über sie vertraut ist.

Als einmalige Ausgaben sind außer der bereits beim Gesundheitsamt erwähnten Forderung noch 40 weitere angeführt, die sich in derselben Weise wie die allgemeinen Fonds auf alle Gebiete mehr oder weniger gemeinnütziger Bestrebungen beziehen. Darunter ist — wie im Vorjahre — der Betrag von Mk. 15 000 zur Förderung einer internationalen Bibliographie für Sozialwissenschaften und der Betrag von Mk. 60 000 als Beitrag zu den Unterhaltungskosten einer Anstalt für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reich. Der Beitrag für den Verband der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsanwaltsstellen soll von Mk. 4000 auf 6000 erhöht werden. Der Verband hat mit seiner Geschäftsstelle eine Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen verbunden. Er sucht hierdurch dem ungläubigen Wettbewerb infoweit entgegenzutreten, als es sich um die planmäßige Ausbeutung der Unerschaffenheit und Leichtgläubigkeit der großen Masse des arbeitenden Volkes durch schwindelhafteste Unternehmungen handelt. Zur Förderung dieser Bestrebungen soll zunächst für zwei Jahre der Beitrag um jene Mk. 2000 erhöht werden. — Für die Erforschung und Bekämpfung der Tuberkulose sollen Mk. 150 000 — gegenüber Mk. 10 000 im Vorjahre — bewilligt werden, um die erfolgreiche Bekämpfung der Tuberkulose auch in den bisher von der Fürsorge noch nicht erfaßten Kreisen der Bevölkerung, besonders des Mittelstandes, zu ermöglichen. — Neu eingestellt sind Mk. 60 000 als Beitrag zu den Kosten der Beteiligung der deutschen Industrie an der Baltischen Ausstellung in Warschau 1914. Diese Kunst- und Industrie-

ausstellung findet vom 15. Mai bis 15. September statt. Sie soll sämtliche Ostseeländer, also Schweden, Dänemark, Rußland und Deutschland umfassen. Eine Umfrage in den Kreisen unserer Industriellen hat ergeben, daß hier eine starke Beteiligung an der Ausstellung zu erwarten ist. Die Kosten werden in erster Linie die Aussteller selbst zu decken haben. Nur jedoch eine übermäßige Belastung der Aussteller zu vermeiden und dem Umfande, daß auch das Reich Wert auf eine würdige und Erfolg versprechende Ausstellung der deutschen Abteilung legen muß, Rechnung zu tragen, ist — nach eingehender Prüfung — ein Reichszuschuß von Mk. 100 000 erforderlich. Hiervon sind außerordentlich im Jahre 1913 Mk. 40 000 zur Verfügung gestellt, so daß noch die jetzt eingestellte Forderung von Mk. 60 000 übriggeblieben ist.

Der „Außerordentliche Etat“ besteht nur aus einer einzigen Forderung zur Förderung geeigneter Kleinwohnungen. Diese Wohnungen sind bestimmt für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reichs sowie in den Betrieben der Militärverwaltungen. Gefordert sind wie im Vorjahre Mk. 4 000 000, die als Darlehen an einzelne Personen und an gemeinnützige Unternehmungen wie Bauvereine, Baugenossenschaften usw. gegeben werden und zum Erwerb geeigneten Baugeländes dienen sollen.

Zur ganzen sind die Ausgaben des Reichs für gemeinnützige Bestrebungen in den engsten Grenzen gehalten. Daher ist es begreiflich, daß in jedem Jahre der Reichstag zu weiteren dringenden Forderungen Stellung zu nehmen hat und die Erörterung eine große Ausdehnung erlangt.

Die Unterwerfung der christlichen Gewerkschaftsleitung unter die Bischöfe.

Daß es den christlichen Gewerkschaftsführern auf die Dauer gelingen könne, ihre Unabhängigkeit von den geistlichen Oberen zu wahren, bezweifelt der protestantische Pfarrer Gustav Ritz, der Redakteur der „Wartburg“. Uns will scheinen, daß schon in der Gegenwart der Führern der Christlichen der äußere Schein der behaupteten Unabhängigkeit abhandeln gekommen ist.

Der italienische Mitarbeiter der „Wartburg“ stützt seine Anschauung in der Hauptsache darauf, das Giesberts, Stegerwald und Brauns ins erzbischöfliche Palais in Venedig vorgeladen wurden und auf die Unterwürfigkeit des Abgeordneten Johann Giesberts als stets getreuer Sohn der heiligen Kirche, der das Gute in der Enzyklika herauszufinden und natürlich annehmen werde. Es wird darauf verwiesen, daß nur ein Untergebener vorgeladen werden kann. Herr Dr. Brauns ist als katholischer Prediger, der den Modernitäteneid geschworen hat, durch kanonisches Recht auf den genauen Wortlaut der Gewerkschafts-Enzyklika festgelegt. Daran hilft kein Deutsch. Auf Erzjuden sind die Gewerkschaftsführer Giesberts und Stegerwald in die Bischofspaläste eingetreten. Daraus zieht Pfarrer Ritz den Schluß: Hier kommt zurage, daß die Bischöfe eine ganz andere Auffassung von ihrer Stellung zu den christlichen Gewerkschaften haben, als ihnen von diesen selber zugebilligt wird. Man stelle sich einmal vor, ein evangelischer Generalinspektor ließe Herrn Giesberts zu sich kommen, um ihm allerlei Erklärungen über die Stellung der kirchlichen Behörden zu allerlei gewerkschaftlichen Fragen abzugeben. Man erkenne sofort, daß das ein Unfug wäre. Die Stellung der katholischen Kirche zu den rein wirtschaftlichen Fragen ist eben eine von Grund aus andere als die der evangelischen Kirche. Das kommt ja gerade in der Enzyklika singulari auf's schärfste zum Ausdruck, wenn es dort heißt: „Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Arbeitszweck sind nicht rein wirtschaftlicher Natur, und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hinzunahme der irdischen Obrigkeit beigelegt werden können.“ Nach Interpretation des Bischofs Dr. Schütte von Paderborn „ermächtigt der katholischen Kirche daraus das Recht und die Pflicht, zu derartigen Streitfragen, insofern sie das Sittengesetz betreffen, auch ihrerseits Stellung zu nehmen und durch Hinweis auf die richtigen Grundsätze die in Betracht kommenden Gläubigen vor sittlich-religiösem Schaden zu bewahren“.

Verunglückte aber nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, vom Unternehmer oder von der Berufsgenossenschaft, sondern in fast allen Fällen von der Krankenkasse zu beanspruchen.

Nach dem Gewerbeunfallversicherungsgesetz konnte die Krankenkasse den gewährten Unfallzuschuß von dem Unternehmer desjenigen Betriebes, in welchem sich der Unfall ereignet hatte, ersetzt verlangen.

Nach dem § 573 der Reichsversicherungsordnung in Betracht, der folgenden Wortlaut hat: Mit der Verlechte auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert, so sind ihm mindestens die Regelleistungen der Krankenkassen nach § 179 an Krankenhilfe zu gewähren.

Neben dem § 573 kommen im vorliegenden Falle auch noch andere Paragraphen für die Zahlung des Unfallzuschusses in Betracht. Als ein wesentlicher Mangel ist es nach wie vor zu bezeichnen, daß auf den Unfallzuschuß nur die gewerblichen Arbeiter, nicht aber auch die landwirtschaftlichen, Anspruch haben.

Vielmehr wird auch angenommen, der Unfallzuschuß richte sich anstatt nach dem Grundlohn der Krankenkasse nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienst. Dies trifft nicht zu. Nach dem in § 573 erwähnten § 189 kann bei Doppelversicherung die Krankenkasse das Krankengeld soweit kürzen, daß dasselbe den Durchschnittsbetrag seines täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt.

Für die Rede; aber sie ergibt sich von selbst aus der Persönlichkeit des Redners und aus dem Inhalt seiner Rede. Wenn einer wirklich etwas zu sagen hat, dann findet er schon die geeignete Form.

Ja, eure Reden, die so blindend sind, In denen ihr der Menschheit Schmelz kräuselt, Sind unergötzlich, wie der Rebelwind, Der herblich durch die dünnen Blätter rauselt.

Jeder soll zu reden, wie ihm der Schmelz gewachsen ist. Es gibt da schlechterdings keine andere Regel, als die Goethe im Faust mit den Worten ausdrückt:

Es trägt Verstand und rechter Sinn Mit wenig Kunst sich selber vor; Und wenn's euch ernst ist, was zu sagen, Ist's nötig, Worten nachzugehen?

Auf den Inhalt und allein auf den Inhalt kommt es an. Der Inhalt schafft sich die Form, die er braucht. Ohne Inhalt aber ist die beste Form nichts wert.

Wenn ihr's nicht fühlt, ihr werdet's nicht erjagen, Wenn es nicht aus der Seele dringt, Und mit urkräftigem Gehagen Die Herzen aller Hörer zwingt, Doch werdet ihr nie Herz zu Herzen schaffen, Wenn es auch nicht von Herzen geht.

des höchsten nach dem Krankenversicherungsgesetz zulässigen durchschnittlichen Tagelohnes zahlen. Die Mitglieder der Ersatzklassen sind jetzt aber mit den Mitgliedern der Pflichtklassen gleichgestellt, denn für Mitglieder der Ersatzklassen ist der Grundlohn der Krankenkasse maßgebend, der nach § 206 auf Grund ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigung angehören müßten, bei der aber nach § 517 ihre Rechte und Pflichten ruhen.

Was nun noch die im § 573 erwähnten §§ 221 und 222 anbetreffend, so erhält hiernach ein im Ausland erkrankter Versicherter, solange er seines Zustandes wegen nicht ins Inland zurückkehren kann, die ihm von seiner Kasse zu leistenden Leistungen vom Arbeitgeber. Dieser erhält von der Krankenkasse Ertrag seiner Auslagen.

Zum Schluß sei nun noch darauf hingewiesen, daß das, was die Krankenkassen an Unfallzuschuß zu zahlen haben, sie vom Unternehmer zurückfordern können, wenn der Verletzte über die 13. Woche hinaus nicht geschädigt bleibt. Wird dem Verletzten aber über die 13. Woche hinaus Entschädigung gewährt, dann hat jetzt die Berufsgenossenschaft der Krankenkasse den Unfallzuschuß zu ersetzen.

Aus dem Reichstage.

Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung des wieder versammelten Reichstages stehen eine Reihe von Petitionen, welche nur teilweise von größerer Bedeutung für die Allgemeinheit sind. Andere sind Privatinteressen entsprungen und brauchen deshalb wenig Beachtung zu finden.

Abgeordneter Bell erklärt für die Zentrumspartei, daß diese einer solchen Forderung nicht zustimmen könne. In den Landesgesetzen seien die Frauen weitgehend berücksichtigt. Sie könnten sich heute schon in der Krankenpflege, in Schul- und Erziehungsangelegenheiten betätigen.

Wegen Verhängung des Postlots über sein Lokal bewilligte sich der Hotelier Unzer in Burg. Er hat vor der Reichstagswahl als Vorsitzender der Gastwirte davor gewarnt, daß Leute in den Reichstag gewählt werden, welche das Wirtsgewerbe noch mehr belasten.

Wegen Verhängung des Postlots über sein Lokal bewilligte sich der Hotelier Unzer in Burg. Er hat vor der Reichstagswahl als Vorsitzender der Gastwirte davor gewarnt, daß Leute in den Reichstag gewählt werden, welche das Wirtsgewerbe noch mehr belasten.

Wegen Verhängung des Postlots über sein Lokal bewilligte sich der Hotelier Unzer in Burg. Er hat vor der Reichstagswahl als Vorsitzender der Gastwirte davor gewarnt, daß Leute in den Reichstag gewählt werden, welche das Wirtsgewerbe noch mehr belasten.

Wegen Verhängung des Postlots über sein Lokal bewilligte sich der Hotelier Unzer in Burg. Er hat vor der Reichstagswahl als Vorsitzender der Gastwirte davor gewarnt, daß Leute in den Reichstag gewählt werden, welche das Wirtsgewerbe noch mehr belasten.

Meine Herren! Im preussischen Herrenhause hat ein Mitglied geäußert, daß die Art, wie der Wehrbeitrag im Volke aufgenommen wurde, darauf schließen ließ, daß die nationale Gesinnung überall im Wachsen begriffen sei, daß aber die berufene Vertretung des deutschen Volkes jene Gesinnung, die in der Wählerchaft lebendig war, habe vernichten lassen.

Darauf kommt eine Petition des Deutschen Metallarbeiterverbandes zur Sprache. Es existieren heute schon Gesetze zum Schutze der Arbeiter in der Schwerindustrie bezüglich der Ueberarbeit, Nachtarbeit, Frauenarbeit, Betriebskontrolle, Gesundheitschutz und Entlohnung. Sie stehen aber meist nur auf dem Papier.

Der Abgeordnete Spiegel schilderte in geradezu ergreifender Weise die Mißstände und verlangte ganz energisch Abhilfe. Selbst die Redner des Zentrums und der bürgerlichen Linken konnten nichts dagegen einwenden — sie wollten prüfen und wenn alles so zutrifft, auch mitbelfen zur Besserung.

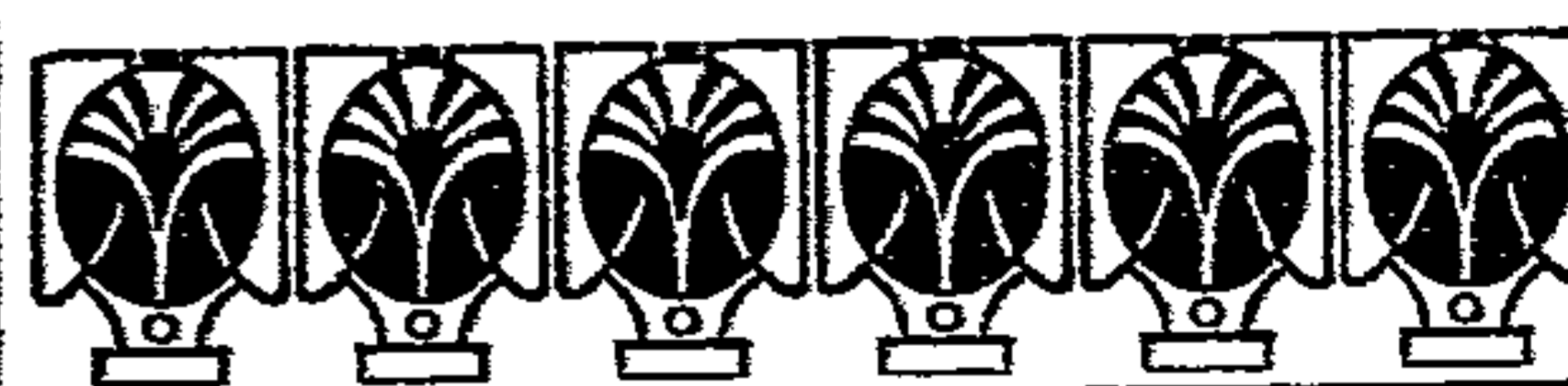
Die Sozialdemokraten bringen eine Interpellation ein über die Vorgänge in Jabeln, ebenfalls interpelliert v. Bayer (Fv.). Der Staatssekretär Dr. Delbrück erklärt: Der Reichstagsrat ist bereit, beide Interpellationen zu beantworten, sobald das gegen die beteiligten Offiziere schwebende Verfahren rechtskräftig abgeschlossen worden ist.

Zur Beratung kommt der Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handwerksberufe. Von den Sozialdemokraten spricht hierzu Abg. Bender. Seit 14 Jahren liegen dem Reichstage Petitionen in dieser Angelegenheit vor; aber noch selten ist man über einen Gesetzentwurf so enttäuscht gewesen — wie diesmal.

Der heutige Entwurf ist eine Verhöhnung der selbstverständlichen Forderung. Die Ausnahmen sind so zahlreich, daß die ganze Ruhe wieder aufgehoben wird. Es soll ein Chaos entstehen, in dem sich kein Mensch auskennt. Die Produzenten sollen nicht unter dem Gesetz fallen, die jüdischen Geschäfte sollen jüdisch: Angehörige fünf Stunden beschäftigt dürfen, sofern sie den Sonnabend feiern usw.

Geradezu unverständlich blieben die Ansichten des Zentrumredners Erzberger. Er sagte unter anderem: Seine Partei sei jenseits aus religiösen Gründen für die Sonntagsruhe eintretend, man muß aber Ausnahmen machen. Auf dem Lande entfallen 80 pzt. der Einnahmen kleiner Geschäfte auf den Sonntag, und Hunderte von Erntezinsen würden ruiniert.

Ist nun Erzberger eigentlich für oder gegen das Sonntagsruhegesetz? Gewiß ist nur, daß er für den Kirchgangszwang zu haben ist, und die Redner der übrigen Parteien sind ebenfalls sehr „rebelliert“.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Quittung.

- Am 12. bis zum 17. Januar gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein: Für Dezember: Mannheim A. 660,71, Erfurt 261,97, Waldenburg 51,70, Rostock 113,39, Sagan-Soran 36,90, Landsberg 23,80, Striegau 47,40, Danau 57,65, Chemnitz 519,26, Forst i. d. S. 19,10, Leipzig 259,83, Trausnitz 63,10, Kreiswitz 133,80, Breslau 519,81, Straßburg 395,68, Neuselwitz 71,35, Limbach 43,32, Düsseldorf 367,38, Jümenau 73,70, Harburg 197,65, Braunschweig 319,11, Hagen 35,70, Brandenburg 125,04, Plauen i. S. 97,70, Königsberg 74,48, Danzig 259,76, Görlitz 174,87, Halberstadt 86,31, Regensburg 416,30, Straubing 131,91, Amberg 42,40, Passau 33,95, Hofenheim 204,09, Bad Reichenhall 100,95, Weiswasser 26,20, Bielefeld 358,04, Verburg 91,86, Sterin 286,23, Günzburg 29,30, Osnabrück 48,70, Oldenburg 103,29, Karlsruhe 135,82, Ludolstadt 60,04, Bochum 64,70, Amscheid 30,48, Schwerin 58,35, Reg. 27,70, Frankfurt 227,64, Kiel 73,90, Zuhl 132,64, Gomburg v. d. H. 63, Schweinfurt 86,25. Von Einzelzahlern der Hauptkasse: E. S. König A. S. J. Th. Tuchen 1, G. Sch. Stabow 61,50.

Für Abonnements und Annoncen: O. P. München M. 13, München 18, Konsumverein Sangerhausen 6, Breslau 9.60, Düsseldorf 3, Danzig 2.40, Görlitz 3, Lindeburg 3, Osnabrück 3, Karlsruhe 3, Rudolstadt 2.10, Suhl 15, Schwelm 7.50, Remscheid 3.30, Krankenkasse der Bäckergewerkschaft Berlin 78, A. V. Altona 3, Cassel 3, A. R. Frankfurt a. M. 4, Kollegen in Frankfurt a. M. 3, Berlin 17.40. Für Geschichte der Bäder- und Konditorenbewegung: München M. 2, Mannheim 3, Erfurt 3, C. B. Klug 4, Danzig 4, Osnabrück 6, Remscheid 3, Frankfurt a. M. 12, Berlin 16.

Abrechnung ohne Geldgehalt: Dresden. Der Hauptkassierer, O. Freitag.

Aus den Bezirken.

Büchberg i. Bayern. Der die Adresse des Kollegen Johann Zeiberger, Bäcker, geboren 1879 zu Hundsdorf b. Passau, kennt, wird gebeten, sie dem Genossen Anton Reibberger, Stewann in Büchberg b. Passau, mitzuteilen. Es handelt sich um eine wichtige Familienangelegenheit.

Salle a. d. S. Der Einzelgänger Albin Schön (Buch-Nr. 17 057), zuletzt in Gleichen b. Schwebitz, meldete in Halle a. d. S., daß ihm in Schwebitz auf der Herberge das Verbandsbuch gestohlen worden sei. Das Buch ist also bei Vorzeigung anzuhalten und dem Hauptvorstande sofort einzuschicken.



Korrespondenzen.

Berichte von Versammlungen werden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einrückungen müssen mit dem Jahrestarifenpreis versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.

Generalversammlungen.

Altenburg. In der sehr gut besuchten Generalversammlung am 11. Januar gab der Vorsitzende Jochen zuerst einen kurzen Rückblick. Es haben stattgefunden: 10 Vorstandssitzungen, 10 Mitglieder-, 2 Bezirks- und 2 öffentliche Versammlungen. Kollege Biering gab den Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen betragen A. 1231.80, die Ausgaben A. 1225.22. Im verwichenen Jahre wurden 2133 Karten umgelegt; ein Mehr von 195 Beiträgen gegen das Vorjahr. Der Kassier Gerlach führte aus, daß die Kasse nicht in besserer Ordnung vorgefunden wurde. Dem Gesamtvorstand wurde Entlassung erteilt. Die Neuwahlen ergaben: Jochen, erster Vorsitzender; Meyer, zweiter Vorsitzender; Biering, Kassierer; Gerlach, Kassenrevisor; Jäger, Schriftführer; Kunze und Schneider, Revisoren. Die Versammlung beschloß dann einstimmig, für die vertriebenen arbeitslosen Kollegen A. 15 Unterstützung zu bewilligen. Der Mitgliederstand beträgt 43. Aufnahmen wurden 13 gemacht; trotz der Abreise vieler Kollegen ist die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr um 6 gestiegen. In der Agitation ist alles versucht worden, um vorwärts zu kommen, und wenn der Erfolg nicht ganz so günstig ist, wie er sein sollte, so liegt es hauptsächlich an der Gleichgültigkeit der Kollegen bei den Kleinmüllern. Jochen fordert daher alle Kollegen auf, auch im neuen Jahre nicht zu erlahmen, sondern fest mitzuarbeiten; der Erfolg wird nicht ausbleiben. Zum Schluß forderte der Vorsitzende nochmals auf, ihn bei allen Arbeiten mehr zu unterstützen, denn während wir noch kämpften zum Ziele gelangen.

Berzburg. Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 1. Januar im Gewerkschaftshaus statt. Der Vorsitzende gab den Geschäfts- und Kassenbericht. Die Gesamteinnahmen betragen A. 1369.25, die Ausgaben A. 1341.93. Es ist zwar sehr wenig für den Verband gearbeitet worden, aber jeder ging die Mitgliederzahl etwas zurück. In der Versammlung sind 39 Teilnehmer. Versammlungen wurden abgehalten: 11 Mitgliederversammlungen und 13 öffentliche Versammlungen. Der finanzielle Bericht mit dem Hauptvorstand und dem Kassierer war ein sehr guter. Die Rollen zum Vorstände ergaben: Vorsitzender: Heinrich Böhm; Schriftführer: Franz Demle; Kassierer: Richard Schickel; Kassenrevisor: Hermann Joppa; Johann Reichle. Außerdem wurden noch ein Stellvertreter des Vorsitzenden, drei Stellvertreter und ein Kartelldelegierter gewählt. Unter Vorsitz des neuen Bezirksleiters wurde eine Anzahl an alle Kameraden, in deren Jahre alles daranzugehen, um den Verband zu stärken. Die Mitgliederzahl betrug im neuen Jahre jeden zweiten Donnerstag im Monat fast.

Hilbersbach a. Rh. Die Generalversammlung fand am 10. Januar statt und war sehr gut besucht. Der Bericht des Vorsitzenden Scheinhardt zeigt, daß wir im vergangenen Jahre ein gutes Stück vorwärts gekommen sind. Bedauerlich ist, daß es auch im neuen Jahre an der Geschäftigkeit und Eifer der Kollegen nicht fehlen werde. Die Resolutionen betrafen folgende Gegenstände: Vorsitzender und Kassierer: H. Scheinhardt; Schriftführer: Aug. Schell; Revisoren und Helfer: Hans Schöninger und Schütz. Der Vorsitzende richtet die Aufmerksamkeit auf die Kameraden, um zu unterstützen. Bezirksleiter: Hans Schöninger. Nach dem noch einen Vortrag über die gegenwärtige Arbeitslosigkeit und fand die folgende Resolution einstimmig angenommen. Die angelegte Resolution fand einstimmige Annahme.

Berndorf. Am 11. Januar 1914 fand die Generalversammlung statt, sie hatte einen prächtigenden Verlauf. Der Vorstand hatte im verwichenen Jahre außerordentlich viel Arbeit zu bewältigen. Solche Gegenstände waren: der Bau der neuen Bäckerei; die erste Befreiung der Bäckerei; die Besetzung der Kassen- und Kassierenstellen; die Besetzung der Kassierenstellen in der Unterstadt. Da die Organisation zum ersten Male einen Schritt gegen die rückwärtigen Bäckereien machte, kann man von einem prächtigenden Erfolg sprechen. In der Versammlung wurden

125 zu verzeichnen, so daß sich der augenblickliche Mitgliederbestand auf 140 Kollegen beläuft. An Beitragsmarken wurden gegen das Vorjahr 2111 mehr umgesetzt. Der Antrag auf Decharge wurde einstimmig angenommen. Die Vorschläge zur Vorstandswahl machte eine Kommission. Es war an der Wiederwahl der Mehrheit des alten Vorstandes zu ersehen, daß die Mitglieder mit den Arbeiten des Jahres zum größten Teil zufrieden sind. Auch in diesem Jahre wird die Zahlstelle alles daran setzen, um im nächsten Jahre einen weit besseren Abschluß zu erzielen. Es wurde noch eine Kommission gewählt zur Ausführung der Sonntagskontrolle und beschlossen, zu Ostern wieder einen Ball abzuhalten.

Cassel. Die am 11. Januar stattgefundene Generalversammlung war recht gut besucht. Den Jahresbericht gab Kollege Finkentey, den Kassenbericht Kollege Olweim. Aus beiden Berichten konnte festgestellt werden, daß die im verwichenen Jahre aufgewendete Agitationsarbeit nicht vergeblich gewesen ist. Die Mitgliederzahl erhöhte sich auf 178. Bei der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen als gewählt hervor: J. Kasch, erster Vorsitzender, J. Riehaus, zweiter Vorsitzender, O. Olweim, erster Kassierer, Fr. Breulich, zweiter Kassierer, Leipzig, erster Schriftführer, E. Kunze, zweiter Schriftführer. Revisoren wurden die Kollegen Geier, Schall und Oberhardt, Reisinger, Uhlendorf und Schlett. Nachdem einige vom Vorstand ge-

Verbandsmitglieder! Besucht ohne Ausnahme die gegenwärtig überall stattfindenden Generalversammlungen in Euren Zahlstellen! Bei den dort vorzunehmenden Wahlen zu den verschiedenen Verwaltungsposten sollen solche Kollegen oder Kolleginnen mit der Führung der Geschäfte beauftragt werden, die sich als zuverlässig und befähigt erwiesen haben und das Vertrauen aller Mitglieder besitzen. Es ist somit Pflicht eines jeden Mitgliedes, unbedingt zu erscheinen. Wir ermahnen insbesondere auch die weiblichen Mitglieder, sich dieser Pflicht bewußt zu sein!

stellte Anträge zur Annahme gelangt waren und der neu-gewählte Vorsitzende in einer Ansprache die Kollegen zur Mitarbeit aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Darmstadt. Am 11. Januar tagte unsere Generalversammlung im Gewerkschaftshaus. Der Kassen- und Jahresbericht, der vervielfältigt vorlag, wurde von den Kollegen Dangel und Böhm ergänzt. 88 Aufnahmen sind zu verzeichnen und 3412 Beiträge wurden geleistet. Das sind gegenüber dem Vorjahr 41 Aufnahmen und 690 Beiträge mehr. Beitragsmehrleistung und das Mehr von Aufnahmen stehen sich ziemlich ungenügend gegenüber, es kommt aber daher, daß die meisten neuen Mitglieder ziemlich schnell Darmstadt wieder verlassen. Die Ursache sind die unartigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die hier noch herrschen. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf A. 1665.22 und die Ausgaben betragen A. 1522.61. Mitgliederversammlungen tagten 11, öffentliche Versammlungen 3, sonstige Sitzungen und Besprechungen 34. In Unterabteilung gelangte an 46 Kollegen und Kolleginnen für 597 Tage A. 571.90 zur Unterstützung. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Böhm, Seuberting, Lang, Hentelmann, Krug, Hauerstein und Schäfer gewählt. Die Fabriksektion wird noch einen Revisor dazu wählen. Kartelldelegierte bleiben wie bisher Diehl und Heiter. Zur Kenntnis wurde noch gemacht, daß jetzt ein händliches Arbeitsamt beziehungsweise Arbeitsnachweis errichtet wird, und daß so ziemlich alle Kameraden, die bisher Arbeitsvermittlung hatten, sich diesen anschließen. Nur die Bäckereiwirtschaft irrt sich mit Händen und Füßen dagegen. Besser ist es nur gelungen, diesen Arbeitsnachweis unter die Kontrolle des Arbeitsamtes beziehungsweise der zu schaffenden Verbandsversammlung zu bringen. Das bedeutet immarum einen Fortschritt; denn dadurch ist es jetzt möglich, die Beschwerden an einer Stelle anzubringen, die auch Garantie bietet, daß einmal nach dem höchsten gesehen wird. Das war bis jetzt nicht der Fall. Da wir uns auch dem Arbeitsamt angeschlossen haben, so wird immer ein Kollege von uns an den Sitzungen teilnehmen und dafür sorgen, daß all die wichtigen Praktiken öffentlich gebührend behandelt werden, die bisher trotz aller Beschwerden immer weiter beim Bäckereiwirtschaftsamt getrieben worden sind. Kollegen von Darmstadt! Jetzt nicht mehr die Hand in der Tasche halten, sondern heraus mit der Wahrheit und auch diese Seite der Zeitung muß dem Geist der Neuzeit werden. Deshalb hinein in unsere Organisation! Die hat und wird immer Eure Interessen vertreten.

Dortmund. Am 11. Januar fand unsere leider nötig besetzte Generalversammlung statt. Verschiedene Kollegen, welche in geregeltem Betriebe arbeiten, scheinen es schon nicht mehr nötig zu haben, das Komitee Opfer für die Organisation zu bringen, nämlich die Versammlung zu besuchen. Der Vorstandsbereich gab Kollege Möller. Es wurden 99 Aufnahmen gemacht, aber 64 Mitglieder mußten wegen suspendierter Beiträge gestrichelt werden; einer wurde ausgeschlossen; mithin verblieben noch 133 Mitglieder. Beitragsanforderungen wurden 22 mehr umgesetzt als das Jahr vorher. Der Kassierenbericht gab Rath. Eurer Einnahme von A. 4330.60 stand eine Ausgabe von A. 3334.25 gegenüber, so daß ein Reserverstand von A. 996.35 vorhanden ist. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen: Gumpmann als erster und Möller als zweiter Vorsitzender, Rath als erster und Beisen als zweiter Kassierer, Lutterbach als erster und Staud als zweiter Schriftführer, Ringer und Kimmert als Revisoren. Unter Vorsitzenden wurde beauftragt, in dem A-1-Beitrag noch 5.5. Unterstützung zu erheben.

Eberfeld-Darmen. Am 10. Januar fand die gut besetzte Generalversammlung statt. Der Vorsitzende und der Kassierer gaben den Geschäfts- und Kassenbericht. In der Diskussion wurden auf Antrag des Kollegen Gebauer A. 30 für die Jugend bewilligt. Die Kartelldelegierten gaben

die Berichte der letzten Sitzungen. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Konig als erster und Gröckle als zweiter Vorsitzender; Süht als Kassierer; Denhard als erster und Berling als zweiter Schriftführer; Berner und Waldbaur als Revisoren, Thiele, Langela, Schönwald, Reinhold, Reich und Gans als Beisitzer; Steinlein und Lutz als Kartelldelegierte; Eder als Vertrauensmann von Barmen; Jöcker, Thiele und Pieper als Arbeitsnachweis-Kontrollkommission. Dann wurde über Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenfürsorge referiert und die bekannte Resolution einstimmig angenommen.

Freiburg i. Br. Am 6. Januar fand unsere gut besetzte Generalversammlung statt. Kollege Kiedl gab den Jahresbericht. Das verlossene Geschäftsjahr war wohl ein arbeitsreiches, aber auch ein erfolgreiches. 92 Aufnahmen wurden gemacht. Es war möglich, unsere Zahlstelle zu vordrücken zu bringen, aber immer noch stehen eine große Anzahl Kolleginnen und Kollegen abseits; auch diese müssen gewonnen werden. Es gilt, im neuen Jahre unsere Reihen noch fester zu schließen, um unsere wirtschaftlichen Verhältnisse verbessern zu können. Bei der Wahl wurden die meisten der bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt.

Fürth i. B. Am 13. Januar fand im Restaurant Klenz die Generalversammlung statt. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Vorsitzenden Kollegen Zimmermann, erstattete Hechtel den Jahresbericht. Im vergangenen Jahre ist alles aufgegeben worden, was im Interesse der Organisation lag. Wegen Nebertretungen der Arbeiterschutzbestimmungen mußte wieder eine Anzahl von Bäckern bei der Behörde zur Anzeige gebracht werden. Bäckereimeister Fleischmann, Pfisterstraße, ein ehemaliger Gelber, konnte es nicht unterlassen, in der Freinacht zu backen, trotzdem selbst die Bäckereiwirtschaft das allgemeine Bäckerverbot bei der Regierung forderten. Wegen der Einführung des achten Schuljahres für Lehrlinge vom Lande sowie die Verlegung der Schulzeit der Lehrlinge in die Arbeitsstunden ließen die Bäckereimeister Sturm, und gelang es ihnen nochmals, diese sozialen Forderungen hintanzuhalten. Es wird aber von uns nichts unversucht gelassen, im Interesse der Gehilfen sowie Lehrlinge, dieses durchzudrücken. Bei den Innungsrankensammlungen wurden unsere Wünsche in bezug der Vertreter erfüllt und erübrigte sich eine weitere Wahl. Der Verkehr mit den Kollegen war ein äußerst kollegialer und trug dazu bei, daß wir eine Anzahl jüngere Kollegen der Organisation zuführen konnten. Der Bericht wurde beifällig ohne Diskussion angenommen. Aus den Vorstandswahlen gingen hervor die Kollegen Zimmermann, Berner, Ammüller, Bar, Karl Müller, Schweizer, Ott und Pfister. Im Punkt „Berchidene“ wurde darauf hingewiesen, daß am 8. März die Befestigung des Erzbergwerkes in Auerbach mittels Sonderzuges stattfindet. Der Bäckerverkehr befindet sich jetzt im Restaurant Klenz, Untere Königstraße.

Harburg a. d. E. Am 15. Januar fand die Generalversammlung statt. Kollege Hanjen als stellvertretender Vorsitzender erstattete den Jahresbericht. In seinen Ausführungen ging er unter anderem ausführlich auf die Tarifverhandlungen in unserer Zahlstelle ein, daß beim Tarifabschluss so wenig für die Kollegenschaft herausgekommen ist, haben wir den gelben Mitgliedern des Gesellenausschusses zu verdanken. Wäre der Gesellenausschuss von organisiert Kollegen besetzt gewesen, dann wäre bei den Tarifverhandlungen für alle Kollegen bedeutend mehr erreicht worden. Infolge der Wahl zum Verbandstag legten die beiden Vorsitzenden ihre Posten nieder. Der Berichterstatter schloß seine Ausführungen mit einem kräftigen Appell, im kommenden Jahre an dem Aufbau der Organisation kräftiger mitzuarbeiten. Thierfelder ergänzte die Ausführungen Hansens. Die Quartalsrechnung erstattete Sauthoff. Die Jahreseinnahme betrug A. 3260.60, die Ausgabe A. 2994.45. Für Unterabteilung der Mitglieder wurden A. 511.75 ausgezahlt. In der Lokalkasse bleiben A. 266.21. Bei der Vorstandswahl wurde Thierfelder zum ersten, Hanjen zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Kassierer wurden Gräfe und Kühnemund, Schriftführer Lübke und Papp. Als Revisoren sollen Meier und Simonen, als Kartelldelegierte Böcker und Birk tätig sein. Den Kartellbericht erstattete Böcker. — Das Weichnachtsbegünstigen ergab einen Ueberschuß von rund A. 17. Für die beim Militär dienenden Kollegen wurden nachträglich noch A. 5 als Weichnachtsbescheid bewilligt. Allgemeine Gerechtigkeit erregte das Protokollbuch des Gesellenausschusses; in das der gelbe Bollmann, ehemaliger Vorsitzender der „Brüderchaft“, sein Grabdenkmal eingezeichnet hat.

Hildesheim. Unsere Generalversammlung fand am 11. Januar in der Neustädter Schenke statt. Anwesend war Bezirksleiter Weber, welcher einen Vortrag über „Gewerkschaftsversicherung“ hielt. Nachdem gab der Vorsitzende Schab den Geschäftsbericht und Kassierer Blinde den Kassenbericht. Die Zahlstelle Hildesheim hat sich, wenn auch langsam, doch stetig weiterentwickelt. Aufnahmen waren 19 zu verzeichnen. In den Vorstand wurden wiedergewählt Schab als Vorsitzender, Blinde als Kassierer und neu gewählt als Schriftführer Raffert. Die Kollegen Schönwiese und Lutz wurden Revisoren, Beckelmann und Elbin Kartelldelegierte. Zum Schluß forderte der Vorsitzende Schab die gesamten Kollegen zur eifrigen Mitarbeit für unsere so ernste Sache auf.

Ilmenau. In der Generalversammlung am 4. Januar gab der Vorsitzende einen ausführlichen Jahresbericht. Danach haben stattgefunden: 9 Mitglieder- und 3 öffentliche Versammlungen sowie 9 Vorstandssitzungen. Am Anfang des Jahres waren 34 Mitglieder vorhanden, am Ende 32. Der Versammlungsbesuch im Laufe des Jahres war ein schlechter, hoffentlich wird es 1914 besser. Pingstern fand ein Bezirksfest statt, welches von 94 Kollegen besucht war. Wir können den anderen Bezirken solches nur zur Nachahmung empfehlen; denn das Kollegialitätsgefühl wird dadurch geweckt und dies dient wesentlich unserer Organisation. Die Einführung der A-1-Staßel hat nicht viel Liebhaber gefunden. „Technik und Wirtschaftswesen“ wird in unserer Zahlstelle in 24 Exemplaren gelesen. Zu Punkt „Vorstandswechsel“ wurde aus der Mitte der Versammlung angeregt, daß der alte Vorstand wiedergewählt werden soll. Es wurden auch Richard Ramonow als Stellvertreter als Vorsitzender, Louis Müller-Ilmenau als Kassierer und Johannes Heintz als Schriftführer wiedergewählt. Revisoren wurden Heintz und Meißner. Zu Kartelldelegierten wurden Möhn und Davidis gewählt. Der Bezirksleiter W. Friedrich ermahnte die Kollegen, daß sie auch

dielem Jahre den Vorstand in den Verbandsarbeiten tüchtig unterstützen möchten, damit es auch in Jmenar in der Agitation vorwärtsgehe.

Jena. Zu der gut besuchten Generalversammlung am 11. Januar war der Bezirksleiter Strehler erschienen. Kollege Solbrig gab den ausführlichen Bericht über das vergangene Jahr, aus dem zu ersehen war, daß es zwar langsam aber doch vorwärtsgeht. Die Mitgliederzahl hat sich um 10 vermehrt, so daß wir am Schlusse des Jahres 41 Mitglieder in der Zahlstelle Jena hatten. Solbrig erinnerte die Kollegen, auch in diesem Jahre ihre Pflichten zu erfüllen und tüchtig zu arbeiten, damit recht viele der uns jetzt noch fernstehenden Kollegen der Organisation beitreten; denn es ist nicht ausgeschlossen, daß uns eine Lohnbewegung bevorsteht. Kassierer Schröder erstattete den Kassenbericht; auch hier ist zu erkennen, daß es in Jena keinen Stillstand gibt. Schröder erinnerte die Kollegen in Kahla, ihre Beiträge pünktlich zu entrichten. Im Namen der Revisoren beantragte Kollege Laas, den Kassierer zu entlasten; dieses geschieht. Vor der Vorstandswahl ersuchte der Bezirksleiter die Kollegen, nur tüchtige Leute zu wählen, und möglichst solche zu berücksichtigen, die in solcher Stellung schon Erfahrung haben. Er erinnerte an, daß der bisherige Vorstand voll und ganz seine Pflicht getan hat. Es wurden folgende Kollegen wiedergewählt: Solbrig, erster Vorsitzender, Schröder, erster Kassierer, Wählberg, zweiter Schriftführer, sowie zu Revisoren Laas und Winkler. Neugewählt wurden: Livaner, zweiter Vorsitzender, Schmidke, erster Schriftführer, Kramer, zweiter Kassierer; Solbrig und Livaner wurden Kartelldelegierte. In der Debatte über „Verschiedenes“ (Witzangelegenheiten) zeigte eine rege Aussprache ein, wobei auch Strehler mit Rat und Tat zur Seite stand. Ein Antrag des Gesamtvorstandes, sämtliche Beiträge um 5 % zu erhöhen, damit mehr Geld in die Lokalkasse kommt, soll, da man keine Einigung erzielen konnte, der nächsten Mitgliederversammlung nochmals beraten werden. Hoffen wir, daß im Jahre 1914 recht oft solche gut besuchten Versammlungen stattfinden, dann wird es auch in Jena weiterhin vorwärtsgehen. Dann werden auch die Kollegen in den Kleinbetrieben mit voller Hebezeuge die Worte anwenden können, die die Herren Studenten so oft zitieren: „In Jena, da lebt sich's bene!“

Limbach. Am 11. Januar fand unsere Generalversammlung im Restaurant „Karlshaus“ statt. Kollege Ullmann erstattete Bericht von der in Zwickau stattgefundenen Bezirkskonferenz und der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Aufnahmen wurden 14 gemacht, der Mitgliederstand beträgt 24. Der Kassierer berichtete: Die Einnahmen beliefen sich auf M. 647,39, an Unterstützung wurden M. 184,50 ausgezahlt, der gegenwärtige Kassenbestand ist M. 64,04. Die Kasse ist geprüft und hat in bester Ordnung gefunden worden; dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Kollege Dippmann gab Bericht vom Kartell- und Bildungsausschuss; es sind auch hier gute Fortschritte zu verzeichnen. Antrag der Zahlstelle Chemnitz zur Errichtung eines Fonds zum Druck der Flugblätter wurde einstimmig abgelehnt. Des weitern wurde ein Antrag des Kollegen Meuschke, beim Militär stehenden Kollegen zu Weihnachten M. 3 zusammen zu lassen, angenommen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: als Vorsitzender und Kassierer wurde Kollege Ullmann einstimmig wiedergewählt, als Revisoren Winkler und Wohlgenuth, als Schriftführer Junke. Zum Kartell- und Bildungsausschuss wurden Meuschke und Dippmann gewählt. Unter „Sonstiges“ wurden familiäre Agitationstouren nach eingeleitet.

Mühlhausen i. G. Am 11. Januar fand in „Stadt Belfort“ die Generalversammlung statt; der Besuch ließ etwas zu wünschen übrig. Besonders die Fabrikbranche war schwach vertreten und man sah wiederum nur die gleichen Gesichter wie immer. Der Kassierer Kollege Klein erklärte den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen mit Kassenbestand vom 31. Dezember 1912 M. 2095,09, davon an die Hauptkasse M. 1570,87 gefandt wurden. Die Verwaltungskosten, persönliche und sachliche, nebst Kartellbeiträgen und Lokalunterstützung betragen M. 373,19, verbleibt somit ein Rest der Lokalkasse von M. 151,03. Anschließend gab Kollege Knauber den Revisionsbericht. Die Kasse wurde einmal (zweimal unangemeldet) revidiert und in bester Ordnung gefunden. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Vorsitzende beantragte die Rückstände einiger Kollegen, darunter Konsumdebet, was auf das Entscheidungsfeld zu verweisen ist. Den Geschäftsbericht gab Neupert und betonte, daß wir ein arbeitsreiches Jahr wiederum hinter uns haben. Jedoch können wir nicht mit dem Erfolg aufwarten, den wir erhofft haben. Die Zahlstelle erledigte ihre Geschäfte in zwölf Vorstandssitzungen, zwei Generalversammlungen, zehn Versammlungen der Mitglieder der Bäckerbranche, drei der Mitglieder der Fabrikbranche, sechs öffentlichen Bäckerversammlungen, drei öffentlichen der Konditoren und zwei öffentlichen der Fabrikbranche. Die ständigen Hausagitationen brachten keine nennenswerten Erfolge, sie werden aber gewiß nicht ausbleiben, wenn die dazu bestimmten Bezirksagitatoren in ihrer Pionierarbeit nicht erlahmen. Durch ununterwährendes Ausschicken der Interessenten werden auch sie einsehen lernen, was wir wollen und können. In der Vorstandswahl wurde mit einigen Änderungen der alte Vorstand wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte für das Vertrauen der Kollegen und forderte alle Anwesenden auf, kräftig mitzuwirken und mitzuarbeiten, auf daß unsere Mäher im nächsten Jahre besser delohnt werden. Einen lehrreichen Vortrag hielt noch Kollege Gasser über: „Die Wirtschaftskrise und ihr Einfluß auf die Arbeiterschaft.“ Die zum Schluß verlesene Resolution wurde einstimmig angenommen.

Souabrück. Unsere Generalversammlung fand am 11. Januar im Verkehrslokale L. Müller, Lohstr. 50, statt. Anwesend war auch Bezirksleiter A. Pignisch, Herford. Den Jahresbericht gab Vorsitzender Freier eingehend. Widerspruch wurde nicht erhoben. Kollege Wellmann als Revisor erklärte, daß er und Klante die Kasse mit sämtlichen Belegen und Wertgegenständen revidiert und untermittelt befunden haben, was besätigt auch Pignisch. Zur Vorstandswahl zeigte eine lebhaft Debatte ein. Als Vorsitzender wurde Freier mit großer Majorität wieder- und Kollege Meisinger als Kassierer neugewählt; Klante wurde als Schriftführer einstimmig wiedergewählt, außerdem als Revisor Holbrunn und Revisor. Revisoren wurden Palm und Düsselweier, Kartelldelegierte Wellmann und Michel. Zum zweiten Punkt „Ver-

zirkelteilung“ wurden sechs Bezirke abgegrenzt, um die Kleinagitation besser zu fördern. Außerdem wurde noch beschlossen, künftig persönliche Anzeigen in der Fachzeitung nicht mehr aus der Lokalkasse zu decken, sondern die betreffenden Kosten sollen privatim aufgebracht werden. Unterstützungen sollen demnächst im Verkehrslokale ausgezahlt werden.

Potsdam. Die Generalversammlung fand am 4. Januar in Nowawes statt und war außerordentlich gut besucht. Kollege Schulz erstattete den ausführlichen Jahresbericht. Demzufolge ist die Mitgliederzahl zurückgegangen. Alsdann fanden die Neuwahlen zum Vorstande statt. Zum ersten Vorsitzenden wurde einstimmig Kollege Oskar Schulz, zum zweiten Vorsitzenden Kollege Otto Fischer gewählt. Mit großer Majorität wurden die Kollegen Raimund Gohmann als Schriftführer, Fritz Eckert als Kassierer von Nowawes gewählt. Kassierer von Potsdam ist Kollege Oskar Schulz; bei demselben findet auch die Ausgabe der Schlafmarken statt. Revisoren wurden die Kollegen Schöler und Eisermann; Kartelldelegierter von Nowawes ist Kollege Spieß, von Potsdam Kollege Schöler. Die nächste Versammlung findet am 8. Februar in Potsdam, Kaiser-Wilhelm-Strasse 38 bei Hausmann, statt. Mit einer Ermahnung an die Kollegen, in diesem Jahre nach Kräften mitzuarbeiten, um die Mitgliederzahl zu heben, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Sagan. Am 11. Januar hielt die Zahlstelle Sagan-Sorau ihre Generalversammlung ab, zu welcher die Kollegen Kaffen und Gehshold erschienen waren; Kubon gab den Bericht des Vorstandes. In den neun Monaten seit Gründung der Zahlstelle waren neben 19 Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen, 15 Vorstandssitzungen notwendig. Agitation wurde vierzehnmal unternommen. Die Mitgliederzahl betrug im Durchschnitt 27. Foras erstattete den Kassenbericht für die neun Monate. Einer Einnahme von M. 1058,71 stand eine Ausgabe von M. 978,16 gegenüber. Der Revisor bestätigte die Richtigkeit, und dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Dann wurde der alte Vorstand wiedergewählt und die Kollegen Peuder und Milina für Sagan, und Kollege Herden für Sorau, als Revisoren gewählt. Kaffen und Gehshold referierten noch über unsere Aufgabe in der Agitation, an dieser müßten sich alle Kollegen beteiligen und ferner dürfen denken, wenn er in geregelten Betrieben sitzt, nur sei alles gut, er habe seine Stellung und könne auf seinen Vorbeeren ausruhen, brauche keine Versammlungen zu besuchen und sich nicht an der Agitation zu beteiligen. Jedes Mitglied hat die Pflicht, jederzeit seinen Mann zu stellen. Beischloffen wurde weiter, am 7. März in Sorau das erste Stiftungsfest zu feiern. Der Vorsitzende forderte noch die Kollegen auf, im neuen Jahre recht kräftig mitzuarbeiten, damit es auch in Sagan-Sorau vorwärts gehe.

Solingen. Unter Dankesworten für das zahlreiche Erscheinen wurde die sehr gut besuchte Versammlung vom Kollegen Rindfleisch eröffnet. Aus dem Jahres- und Kassenbericht gingen günstige und gesunde Verhältnisse hervor. Der Vorschlag der Wahlkommission für den neuen Vorstand wurde fast einstimmig angenommen und der alte Vorstand zum großen Teil wiedergewählt. Er setzt sich wie folgt zusammen: Rindfleisch erster Vorsitzender, Schneider zweiter Vorsitzender, Radlbeck Kassierer, Begemann Schriftführer, Gläser zweiter Schriftführer, Zimmermann und Jürmühlen Revisoren. Jürmühlen und Radlbeck Kartelldelegierte. Kollege Bachmann-Cöln referierte dann über den Notstand der Arbeitslosen. Seine lehrreichen Ausführungen fanden reichen Beifall. Verschiedene innere Angelegenheiten wurden noch besprochen. Die Versammlungen finden nun jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt. Die Kollegen Bachmann und Rindfleisch ernannten noch alle zur regen Mitarbeit für den Verband und der neue Vorstand dankte für das wiederum geschenkte Vertrauen. Die Solinger Kollegen haben bewiesen, daß, wenn es gilt, sie zur Stelle sind.

Stendal. Nachdem in der Generalversammlung verschiedene Schreiben des Vorstandes zur Kenntnis genommen waren, gab Kollege Schulz den Kassenbericht. Die Einnahmen betragen M. 685,15, die Ausgaben M. 590,16, so daß ein Kassenbestand von M. 94,99 verbleibt. Die Zahl der Gesamtbeiträge ist 1292, gegenüber dem Vorjahr ein Mehr von 156. Unterstützungen wurden auf Kosten der Hauptkasse M. 71,25 ausgezahlt, aus der Lokalkasse M. 11. Die Zahlstelle hatte am Schlusse des Jahres 17 männliche und 10 weibliche Mitglieder, dem Vorjahr gegenüber ein Mehr von 5. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt, nämlich Krummohr als Vorsitzender, Schulz als Kassierer, Seidel als Schriftführer sowie Kühnel und Kaligh als Revisoren. Ein Kollege wurde noch in den Verband aufgenommen.

Striegau. Die Generalversammlung fand am 11. Januar statt; zu derselben war Bezirksleiter Woffe anwesend. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Fritz Engmann, Vorsitzender; Kurt Busch, Kassierer; Georg Salomo, Schriftführer; Paul Handke und Herr. Richter, Revisoren; Nikola und Djalas, Kartelldelegierte. Der Vorsitzende gab alsdann einen Rückblick vom verflorenen Jahre und hob dabei hervor, daß in unserer Zahlstelle gut gearbeitet worden ist und hatten wir circa 40 bis 45 pSt. Mitgliederzunahme. Der Kassenbericht des Kassierers wurde mit vollster Zufriedenheit aufgenommen; es wurde ihm Entlastung erteilt. Zum Schlusswort gab Kollege Woffe seiner Zufriedenheit Ausdruck über die Zusammenarbeit des Vorstandes und der Mitglieder, betreffs Agitation. Mit einem Hoch auf den Verband wurde die Generalversammlung geschlossen.

Weißenfels. In der gutbesuchten Generalversammlung am 4. Januar erstattete Kollege Nerke den Vorstandsbericht. Trotz der Krise war immer noch eine Zunahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen; jedoch müßte es im neuen Jahre besser vorwärtsgehen. Den Kassenbericht gab Kollege Hauptmann; es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Nach dem Kartellbericht gab Bezirksleiter Strehler in kurzen Zügen einen Überblick über das vergangene Jahr und erwahnte alle, in Zukunft tüchtig an weiteren Ausbau unserer Organisation mitzuarbeiten. Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: A. Nerke, Vorsitzender; H. Hauptmann, Kassierer; D. Leonhardt, Schriftführer; K. Kneißt und K. Kowatsch, Revisoren; A. Nerke, Kartelldelegierter. Mehrere Kollegen beschwerten sich in der weiteren Debatte darüber, daß ein Kollege (Bäckmeister) es seit fast zwei Jahren nicht mehr für nötig erachtet, eine Versammlung zu besuchen.

Weslar-Gießen. Am 11. Januar fand die Generalversammlung statt, zu welcher Bezirksleiter Rumeleit erschienen war. Den Geschäftsbericht schilderten der Schriftführer sowie der Vorsitzende in ausführlicher Weise. In vergangenen Jahre fehlte es nicht an Agitation, besonders die verheirateten Kollegen gaben sich die größte Mühe. Es war eine Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen und auch der Markenumsatz stieg bereits um das Doppelte, aber leider immer noch nicht in dem Maße, wenn man den Erfolg der Tätigkeit der Kollegen gegenüberstellt. Besonders Kollege Rumeleit erinnerte die ledigen Kollegen in den Konsumbäckereien, fest in die Agitation mit einzugreifen, vor allem an die fernstehenden ledigen Kollegen heranzutreten und mit ihnen Verkehr zu pflegen, was sie besser als die verheirateten Kollegen können, welche sich mehr auf die Hausagitation beschränken müssen. Hoffentlich wird auch dieses gute Früchte tragen. Den Kassenbericht gab Kollege Eimler, welcher für richtig befunden wurde. Bei dem Punkt „Vorstandswahl“ gab es eine größere Diskussion, ob der gesamte Vorstand nach Gießen verlegt werden oder ob er hier in Weslar bleiben sollte. Durch Abstimmung ist mit Stimmenmehrheit der Vorstand in Weslar geblieben und auch der gesamte Vorstand wiedergewählt worden. Weiter wurde beschlossen, daß nicht wie früher die Mitgliederversammlungen alle in Weslar stattfinden, sondern einen Monat in Gießen und einen Monat in Weslar. Unter „Verschiedenes“ wurde auch angeregt, nächstens eine öffentliche Versammlung abzuhalten, um den noch fernstehenden Kollegen von Gießen und Weslar die große Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe vor Augen zu führen und sie aufzuklären, etwas mehr nachzudenken über die jetzigen sowie die kommenden ernsten Zeiten. Zum Schluss forderte Rumeleit alle Kollegen nochmals auf, noch besser wie im vorigen Jahre für die Organisation zu arbeiten.

Bäcker.

Chemnitz. Ueber das traurige Kapitel: Lehrlingsmishandlungen wird uns aus dem Bezirk Chemnitz berichtet:

In dieser Zeitung schrieben wir im Jahre 1912: „In Chemnitz sind Lehrlingsmishandlungen an der Tagesordnung, abgesehen die Chemnitzer Bäckermeister sich brüsten, sie seien die richtigen Lehrlingserzieher.“ Auch jetzt kommen immer wieder Fälle von Lehrlingsmishandlungen aus Tageslicht, trotzdem seit Jahresfrist sich ein „Lehrlingsausschuß“ in Gemeinschaft mit dem Innungsobmann bemüht, die schlechte Behandlung und die Mishandlungen der Lehrlinge der Öffentlichkeit zu entziehen. Festgestellte Mishandlungsfälle verschwinden eben in diesem Ausschuss. Aber immer gelangt dies doch nicht. So hat Bäckermeister Bayrich wieder von sich reden gemacht. Es ist derselbe Herr, über dessen Lehrlingsmishandlungen die „Volksstimme“ schon im Jahre 1912 berichtet mußte. Der jetzt mishandelte Lehrling konnte nichts recht machen. Der Meister und der gelbe Geselle vergingen sich in gleicher Weise an ihm. Er wurde an der Gurgel gepackt, auf Bett geworfen und verprügelt. Seitens des Meisters waren Ausdrücke wie: „Gottverdammter Hund, ich bringe dich ins Arbeitshaus“ und andere Fische an der Tagesordnung. Einmal wurde der fränke Lehrling aus dem Bett geholt und mußte Brötchen tragen. Der Geselle schlug den Jungen mit Kuchenblechen und Semmeltrüben wo er hinfuhr; so zum Beispiel einmal, als die Semmel etwas reichlich Gure hatten und zwei Zöpfe etwas schief geworden waren. Schließlich nahm die Oberwundtschaft sich des Jungen an. Er wurde fortgenommen und auswärts in die Lehre gegeben.

Ein anderes Bild. Bei einem Besuch im städtischen Krankenhaus erfahre ich zufällig, daß ein Bäckerlehrling dort liegt. Nach der Krankheit befragt, erklärte der Lehrling: „Ich bin bei Bäckermeister Seiffert in der Lehre. Seit längerer Zeit habe ich mit Gelenkrheumatismus zu tun. Drei Wochen vor Weihnachten stellte sich der Rheumatismus wieder ein. Vom 19. Dezember beginnend, war das Reisen so hart, daß ich zeitweise kaum auf den Beinen stehen konnte. Klage ich dem Meister mein Leid, so bekam ich zur Antwort: Du fauler Schweinegüß, arbeite nur! So hatte ich mich unter entsetzlichen Qualen bis zum 24. Dezember hingehangelpt. Am 24. Dezember konnte ich mich nicht mehr auf den Beinen halten, ich brach zusammen. Wieder wurde ich faul gescholten. Der Geselle hatte den Meister schon mehrere Tage vorher darauf aufmerksam gemacht, daß ich in diesem Zustand nicht arbeiten könne. Der Geselle telephonierte auch kurz entschlossen nach einem Arzt. Der kam und ordnete meine sofortige Ueberführung ins Krankenhaus an. Nach ein Prügel hat es nicht gefehlt. Als ich eines Tages dem Gesellen erzählte, zweimal hätte ich mein Taschengeld nicht bekommen, hatte der Meister gehorcht; er trat in die Kammer, gab mir links und rechts Ohrspeigen und sagte: „Ich will Dir bei Taschengeld!“ Ausgemacht ist aber, daß ich jeden Sonntag für die Woche 50 ¢ erhalten soll. Mein Geselle hat mich jetzt befehlt; er ist zu Weihnachten angeblich wegen Arbeitsmangels entlassen worden, aber am vierten Feiertag wurde ein neuer eingestellt.“ Auch dieser Lehrling mußte also schustern, bis er nicht mehr stehen konnte und wurde noch mit dem beliebtesten Ausdruck „faul“ belegt!

Bei den jetzigen schlechten Zeiten sind ja leider viele Eltern reich, wenn sie ihre Kinder als Offer los sind und fragen nicht danach, ob ihr Kind später in dem Beruf sein Auskommen findet. Wir raten aber allen Eltern und Vormündern, es sich genau zu überlegen, ehe sie ihre Kinder oder Mündel in die Lehre zu einem Bäckermeister geben; sie sollten mindestens sich vorher genau über den Lehramtler erkundigen. In Falkenstein hält Bäckermeister Spring vier Bekleidungs- angeblidlich hat er allerdings nur zwei, aber zu Ostern kommen wieder zwei hinzu, damit die übliche Zahl vier voll wird. Es haben dort schon drei Lehrlinge auf einmal ausgelernt, da hatte er sogar zeitweilig fünf. Gestellen dagegen beschäftigt dieser Herr selten. Er fährt nach Bayern hinein und holt sich dort die billigen Arbeitskräfte von armen Leuten. Die Fahrt verlohnt sich. Der Lehrling, der jetzt dort im zweiten Jahre lernt, soll in nächster Zeit ins Krüppelheim, wo man seine F-Beine wieder gerade richten will, die er sich in den zwei Jahren bereits angeeignet hat. Arbeiten müssen die Jungen fast täglich 18 Stunden. Der Bäckermeister A. Barth war der Lehrling wegen groben Mishandlungen davon gelaufen. Anstatt, daß die Innung den Jungen aber an anderer Stelle untergebracht hätte, schickte der Obermeister M. ihn zu Barth zurück. Der Ober-

wird, daß er 48 Stunden laufende Arbeit gebraucht, ebenso entlohnt werden wie ein fester Arbeiter, dessen Platz er eingenommen hat.

11. (Ueberstunden.) Die Anteile der festen Arbeiter an Ueberzeit sollen bezahlt werden mit M. 2 bis 6 pro Stunde für Werkmeister (Vorarbeiter) oder mit 85 % für 20 Minuten oder einen Teil davon für alle Zeiten, die sie über die hierin vorgeschriebenen Stunden gearbeitet haben, oder mehr als acht Stunden an einem Tage. Alle andern Arbeiter erhalten M. 2 pro Stunde oder 67 % für jede 20 Minuten oder weniger.

12. Feiertage (Weihnachten, Achtstundentag und Neujahrstag) sollen als Ferien angesehen werden. An diesen Tagen darf nicht gearbeitet werden. Alle Arbeit, welche an einem andern gesetzlich festgelegten Feiertage gemacht wird, ist doppelt zu bezahlen.

Karfreitag-Buns (eine Art Semmeln mit Korinthien).

13. Tätige Bäcker, welche beschäftigt werden, Karfreitag-Buns herzustellen, sollen M. 3 pro Stunde erhalten.

Vorzug der Unionisten.

14. Solange wie die Forderungen der zuständigen Arbeiterunion den hier festgesetzten Lohn nicht um M. 10 überschreiten, oder der wöchentliche Beitrag M. 1 beträgt, gilt folgendes: Sobald Mitglieder der zuständigen Union und andere Personen ihre Arbeit zur selben Zeit anbieten, sollen solche Mitglieder bevorzugt werden.

Vorausgesetzt, daß in irgendeinem Falle ein neuer Arbeitnehmer zur Zeit seines Antritts nicht Mitglied der zuständigen Union ist, wird er innerhalb 14 Tagen nach seinem genannten Antritt Mitglied dieser Union.

Board und Wohnen.

15. Kein tätiger Bäcker oder Lehrling, ausgeschlossen die Mitglieder der Familie des Arbeitgebers, soll im Hause des Arbeitgebers logieren, ohne die Zustimmung der Union erlangt zu haben.

16. Jeder Arbeitgeber muß mithin 14 Tage nach Eröffnung seines Geschäfts seinen Anfang des Backens von dem Beamten des Schiedsgerichts registrieren lassen.

17. Die gewöhnlichen Arbeitsstunden irgendeines Arbeitnehmers an irgendeinem Tage werden wie folgt angerechnet: die Zeit, welche in Anspruch genommen wird, den Teig herzustellen, wird als erstes in Rechnung gestellt, und der Rest der besägten Stunden wird kalibriert vom Beginn bis zum Backen für den Laden.

18. Allen Arbeitnehmern soll es bei Beginn der Arbeitsstunden erlaubt sein, 15 Minuten im Hause des Arbeitgebers nach dem Einzeichnen für das Umkleiden zu benutzen.

Uebersarbeit.

19. Im Notfall können die tätigen Bäcker verpflichtet werden, überzuarbeiten. (Die Bezahlung der Uebersarbeit ist oben festgesetzt.)

Anstellungsbedingungen.

20. Die Anstellung von tätigen Bäckern, welche beständige Arbeiter sind, soll von Woche zu Woche erfolgen, beginnend am Sonntag und unterworfen den allgemeinen Gesetzen und statutarischen Rechten der Parteien. Die Anstellung soll erfolgen zur Zeit der Lohnzahlung für die Woche, welche an die Teigmacher erfolgt, wenn sie den Teig für das Freitagbrot hergestellt haben, und in allen andern Fällen bei der Vollendung der Herstellung des Gebäcks am Freitag.

Die syndikalistische Bäckerorganisation in Newyork.

Im Vorjahre besprachen wir die Vorgänge in den Newyorker Zahlstellen der deutschen Bäcker vom amerikanischen Verband. Durch einige gewissenlose Streber wurden die Mitglieder der Unions I und 164 in einer Weise gegen die Zentralleitung aufgepuscht, daß beschlossen wurde, sich einer dem amerikanischen Gewerkschaftsverband entgegenstehenden Organisation anzuschließen. Als auf die Aufforderung der Verbandslitung der Austritt aus der syndikalistischen Vereinigung abgelehnt wurde, mußte der Ausschuß dieser Zahlstellen der Organisation erfolgen. Es erfolgte die Neugründung der Unions, und den Mitgliedern wurde mitgeteilt, daß sie sich ihre erworbenen Organisationsrechte durch den Eintritt sichern könnten. Davon machte auch eine große Anzahl der verführten Mitglieder Gebrauch.

Nun setzte aber ein Kesselreiben von den Oberbäckern ein, das allen gewerkschaftlichen Grundsätzen Lohn spricht. Wir folgen hierüber einem Bericht des Kollegen Koch, der im Auftrage der Zentralleitung zur Untersuchung der Vorgänge nach Newyork entsendet wurde.

Um den Mitgliedern den Eintritt in die neu gegründeten Zahlstellen zu ermöglichen, wurden Bureaus errichtet. Die Opposition entsendete Leute, die den leitenden Sekretär Illand in der niederträchtigsten Weise beleidigten und die Kollegen durch Drohungen auf brutale Angriffe einschüchterten. Man drohte, die Bureaus in die Luft zu sprengen. Die Unternehmer wurden gezwungen, das gefälschte Label zu gebrauchen. Die tarifrechten Betriebe wurden förmlich überfallen, um die beschäftigten Arbeiter zur Verwendung des syndikalistenlabels zu zwingen. Den Gipfelpunkt der Gemeinheit erreichten die Burschen durch nachstehende Schilderung:

Verschiedene aus Europa mit Reisekarten angekommene Mitglieder, die von der Kontroverse nichts wußten und auch nicht ahnen konnten, in welcher Weise seitens des Sekretärs der unabhängigen Union die Geschäfte geführt wurden, deponierten ihre amerikanischen Reisekarten in gutem Glauben bei diesem Sekretär, glaubend, daß sie dadurch dem Verband angeschlossen sein würden. Sie bezahlten ihre Gebühren und Beiträge in gutem Glauben, nur um nach wenigen Tagen anzufinden, daß sie sich an die falsche Adresse gewandt hatten. Spezifisch ist der Fall eines dieser europäischen Mitglieder. Der Mann war in Deutschland

aktives Mitglied des Verbandes gewesen, wo er auch als Vorstandsmitglied fungiert hatte. Nachdem er ausgefunden hatte, daß man ihm unrechtmäßig sein Geld abgenommen hatte, wandte er sich an den Sekretär, der vorgibt, ein strenger Sozialist zu sein und fortschrittlichen Ideen zu kultivieren, mit dem Ersuchen, sein Geld zurückzuzahlen, da er mit einer unabhängigen Union nichts zu tun haben wolle. Wie zu erwarten war, weigerte sich dieser von Ehrlichkeit schier triefende Sekretär, das Geld zu reurnieren. Er händigte ihm nur die Reisekarte und das deutsche Mitgliedsbuch aus, während das von dem Manne in gutem Glauben eingezahlte Geld zurückbehalten wurde, um zur Bekämpfung des Verbandes verwandt zu werden. Auf diese Weise erhielt dieses Mitglied den ersten Eindruck von der Ehrlichkeit der Führer einer Bewegung, die in allen andern Menschen Ganner erblicken und sie öffentlich der Unehrlichkeit bezichtigen. Dieses Mitglied wurde seitens der Verbandorganisation, der er angehören wollte, prompt aufgenommen und seither hat er sich an seine Genossen in Deutschland und an das internationale Sekretariat der Bäckereiarbeiter gewandt, um diese vor dem Treiben der Newyorker Unabhängigen zu warnen.

So arbeiten diese Verräter zur Vernichtung der unter unsäglichen Mühen aufgebauten Organisation. Aber nicht nur das allein. Es sollen auch alle Errungenschaften, die in langwierigen, opferreichen Kämpfen erzielt wurden, in den Boden getrampt werden. Wir müssen uns fragen: Wie ist es möglich, daß solche Elemente eine Gefolgschaft hinter sich haben? Die

Spätereins am 24. Januar
ist der 5. Wochenbeitrag für 1914
(25. bis 31. Januar) fällig.

Kollegen müssen doch mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie nicht begreifen können, daß ihre "Führer" nur im Interesse und zum Nutzen der Unternehmer handeln.

An die deutschen Bäcker und Konditoren, die nach Newyork ausgewandert, richten wir die dringende Warnung: Laßt Euch dort von den Syndikalisten nicht ins Schlepptan nehmen. Die Verbandslokale der deutschsprechenden Mitglieder sowie die Arbeitsnachweise befinden sich:

Bäcker-Union Nr. 1: Goßweilers Halle Nr. 240 Ost, 80. Straße.

Bäcker-Union Nr. 94: Fuchs' Halle Nr. 323 West, 38. Straße.

Sozialpolitisches.

Die Erfolge der Volksfürsorge. Gründung der Gesellschaft durch die Vertreter der deutschen Gewerkschaften und der deutschen Genossenschaften am 16. Dezember 1912. Genehmigt durch das Kaiserliche Ausschüsseamt für Privatversicherung am 6. Mai 1913. Eingetragen in das Handelsregister zu Hamburg am 22. Mai 1913. Eröffnung des Geschäftsbetriebs am 1. Juli 1913. Vom 7. Juli 1913 bis 31. Dezember 1913 gingen ein: 74.746 Versicherungsanträge. Die Versicherungssumme der Anträge auf Kapitalversicherung (anschließend Spar- und Risikoversicherung) beträgt 13 1/2 Millionen Mark.

Diese Erfolge beweisen die Notwendigkeit der "Volksfürsorge" und widerlegen schlagend alle Anfeindungen!

Die müssen invalide Arbeiter in Deutschland anerkennen! Dem verkrüppelten Arbeiter J. wurde von der Landesversicherungsanstalt Braunschweig die Invalidenrente verweigert, obwohl er folgende Gebrechen hatte:

Handgelenksteife mit Herabsetzung der Geschicklichkeit um 20 pzt. Taubheit auf dem rechten Ohr und halbtaub auf dem linken. Steifes rechtes Knie und Rückgratverbiegung. Wegen der kranken Augen muß eine Schutzbrille getragen werden.

Der wegen vorliegender Gebrechen gehörte Versichertenarzt der Versicherungsanstalt war aber gegen eine Rente. Er sagte in seinem Gutachten: "Zwar wird der Körper wohl früher verbraucht werden als der eines rüstigen Mannes, aber zurzeit kann J. auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt doch noch ebenso gut auskommen, wie bisher. Der Arbeiter erhielt keine Rente. Auch das Reichsversicherungsamt wies die Revision zurück. Es kommt aber noch besser!

Die 64 Jahre alte Bauschrau C. klagt über das bei allen Bauschrauen übliche "Reißen in allen Gliedern" (Artenmatismus) sowie über Schmerzen der Bauch- und Lendenmuskulatur. Nach Ansicht des begutachtenden Arztes verursachen diese Schmerzen schlaflose Nächte. Da die Frau außerdem über Erbrechen klagte, lautete das Gutachten auf Invalidität. Das Reichsversicherungsamt Braunschweig bewilligte jedoch auf Grund eines andern Gutachtens keine Rente und begründete die Ablehnung mit folgenden aufsehenerregenden Sätzen:

"Die Klägerin hat sich nach ihrem Verdauungsverhältnissen mit der Nahrungsaufnahme eingerichtet und sich damit abzufinden, daß sie mit weniger Schlaf auskommen muß, als wenn sie ganz schmerzfrei wäre. Erfahrungsgemäß leiden viele Leute an rheumatischen und andern Schmerzen, ohne ihre gewohnte Arbeit aufzugeben; sie betrachten die Arbeit als erwünschte Ablenkung des Gefühlsleidens."

Auch das Reichsversicherungsamt wies die Revision zurück. Nebt endlich ist die Formel gefunden, mit der alle durch rheumatische und andere Schmerzen hervorgerufene Invalidität ohne Rentenzahlung abgerufen werden kann. Es ist leider richtig, daß viele alte Leute an rheumatischen und andern Schmerzen leiden und trotzdem weiter arbeiten müssen. Diese Verdauernsterten finden wir aber nicht unter den Beamten und Offizieren, sondern gesunden, wie die alte Bauschrau, der nichtbesitzenden Klasse an. Nur ein Beamter oder Offizier rheumatische oder andere Schmerzen, denn verlangt er keine immerhin hohe Pension.

Diesem Herrn sagt man nicht: Arbeitet nur ruhig weiter, denn je mehr ihr arbeitet, um so weniger spürt ihr die rheumatische- und andern Schmerzen. Wenn diese Leute durch schmerzhaftes Leiden dienstunfähig werden, da magt man nicht, die Fortführung der Arbeit als erwünschte Ablenkung des Gefühlsleidens zu empfehlen. Nein! Da wird die Rente ohne weiteres bewilligt, sogar ohne danach zu fragen, ob der Herr noch imstande ist, das berühmte "Drittel" zu verdienen. Ja, bei Offizieren und höheren Beamten gewährt sehr oft eine im Dienst an den Tag gelegte Dummheit und die Pension ist höher. Die Steuerzahler müssen viele Pensionen aus diesen Kreisen aufbringen, die unnötig sind, weil die Herren sich der besten Gesundheit erfreuen. Dabei muß bedacht werden, daß der Arbeiter zu seiner Rente noch die Hälfte der Beiträge bezahlt, und trotzdem diese Behandlung.

Der obige Fall reißt sich würdig an einen Vorfall an, der sich beim Oberversicherungsamt Breslau abspielte. Dort verlangte der 66 Jahre alte Arbeiter Stern Invalidenrente. Nach der dortigen "Vollmacht" gab der Arbeiter an, daß er sehr gebrechlich sei und nicht mehr arbeiten könne. Arme und Weine seien sehr schwach. Die Herzge waren aber anderer Meinung. Medizinalrat Krieger sagte:

"Der Mann ist unterernährt; wenn er sich besser nähren würde, könnte er ganz gut wieder arbeiten."

"Von was soll ich mich gut nähren?" fragte mit Recht der alte Mann. Dr. Hahn meinte aber kurz: "Der Mann übertriebt; nur um eine Rente zu erhalten, habe er sich absichtlich schlecht genährt!"

Der alte Vater wurde mit seinem Antrag auf Invalidenrente abgewiesen. Wie muß es in den Köpfen von Leuten aussehen, die glauben, daß es Arbeiter gibt, die jahrelang hungern, bis sie unterernährt sind, nur damit sie in den Genuss der geringen Invalidenrente kommen. So wird mit den abgerackerten Arbeitern und Arbeiterinnen umgehungen, von denen Wilhelm II. einmal in einer Rede behauptete, sie seien versorgt, bis ins hohe Alter hinein.

Wie schon gesagt, nimmt man es bei Pensionierungen von Beamten und Offizieren nicht so genau. Aus dem Protokoll der Hauptversammlung des deutschen Herzgeverbandes in Münster ist unter andern zu ersehen, daß es ehemalige preussische Stabsärzte gibt, die M. 1800 und M. 2100 Pension beziehen und trotzdem noch als Distriktsärzte M. 6000 und M. 8000 pro Jahr Gehalt haben, ohne die Einnahme aus der Privatpraxis. Wie leicht deutsche Offiziere zur "Rente" gelangen, schilderte in der "Täglichen Rundschau" vom 17. Januar 1913 ein früherer Offizier, Herr v. Wrochem, folgendermaßen:

"Wir haben immer eine Anzahl von Offizieren, Söhne von Großgrundbesitzern, Majoratsbesitzern, Lamänenpächtern und Großindustriellen, welche Offiziere werden mit der festen Absicht, nachdem sie zehn Jahre, manchmal auch bis zum Hauptmann oder Rittmeister gedient haben, den Abschied nehmen, um das väterliche Gut zu übernehmen oder in die Industrie des Vaters einzutreten. Andern fällt ein Gut als Erbe zu. — in jedem dieser Fälle werden sie freiwillig in jungen Jahren aus dem aktiven Dienste. In vielen solcher Fälle stellt sich rechtzeitig ein leicheres Ungesund, manchmal auch wohl objektiv nicht feststellbares Leiden ein, welches sich leicht mit irgendeinem besonders anstrengend gewesenen Dienste oder mit einem vor Jahren im Dienste erlittenen Keinen Unfall in Zusammenhang bringen läßt, und solche Herren, die meist in durchaus sorglose äußere Verhältnisse eingetreten, scheiden mit Pensionsheraussetzung aus dem Heere aus, denn dem Diskus darf man nichts denken!"

Merkt es Euch, Arbeiter! Dem Diskus soll man nichts denken. Hunderttausende von Mark werden aber jährlich die Arbeiter und Arbeiterinnen dem Diskus wider Willen, weil sie die gesetzlichen Bestimmungen über Invaliden, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nicht kennen. Die bürgerlichen Klassikblätter berichten über alle Hof- und Landesgeschichten, nur nicht über die Bestimmungen der sozialpolitischen Gesetze und über die Redipredigung. Darum hallet sozialdemokratische Zeitungen, die in jeder Nummer sozialpolitische Abhandlungen bringen. Treibt ein in die sozialdemokratischen Vereine, sorgt für Stärkung der freien Gewerkschaften und verfolgt aufmerksam die Abhandlungen in den Gewerkschaftsblättern. Wenn so jeder seine Pflicht tut und für Aufklärung in seiner Familie und unter den Bekannten sorgt, dann kommt auch die Zeit, wo die arbeitende Bevölkerung dem Diskus nichts mehr in dem oben angedeuteten Sinne zu denken braucht. St.

Die schwedische Alters- und Invalidenversicherung für jedermann. Durch ein Gesetz vom 30. Juni 1913 ist in Schweden eine Alters- und Invalidenversicherung eingeführt worden, die sich von der andern Staaten wesentlich dadurch unterscheidet, daß sie nicht nur die Angehörigen gewisser Berufsgruppen umfaßt, sondern obligatorisch für die gesamte Bevölkerung ist. Alle männlichen und weiblichen Personen in Schweden müssen zwischen ihrem 16. Lebensjahr und sechsundsechzigsten Jahre zu der Versicherung beisteuern. Von dieser Verpflichtung ausgenommen sind: 1. die dauernd Kranken und Arbeitsunfähigen; 2. die Personen, die Anspruch auf eine Beamtenpension haben; 3. die Geistlichen und 4. die Widwen der unter 1 und 2 genannten Personen. Die Beiträge bewegen sich zwischen M. 2,30 und M. 14,40 pro Jahr, und zwar ist zu bezahlen bei einem

Jahreseinkommen unter M. 355	M. 3,40
von 355 bis 889	5,70
890 1335	8,90
über 1335	14,40

Die Renten werden mit dem siebenundsechzigsten Jahre auszahlbar, können aber auch schon vorher gerührt werden, wenn nämlich die versicherte Person nicht mehr fähig ist, ein gewisses Mindesteinkommen zu verdienen und ein solches auch nicht aus privatem Vermögen bezieht. Die Renten betragen für Männer 30 pzt. für Frauen 24 pzt. der während der Versicherungsdauer eingezahlten Summe. Zur Folge, daß das jährliche Einkommen einer Person aus Arbeit oder Vermögen unter M. 167 für männliche und M. 156 für weibliche Personen herabfällt, wird ihr aus öffentlichen Mitteln eine Pension gewährt, die im Höchstdfall (das heißt, wenn das private Einkommen nicht M. 56 übersteigt) M. 167 für männliche und M. 156 für weibliche Personen beträgt.

Diese Invalidenrente erhöht sich für jede Krone (= M. 1.10), die die betreffende Person während ihrer Versicherungsdauer eingezahlt hat, um 0,08 pZt. Auch zu dem Altersrenten gibt der Staat einen Zuschuss, wenn nämlich der Empfänger nicht mehr in der Lage ist, wenigstens M. 50 jährlich zu verdienen oder sie auch sonst nicht einnimmt. Die Zulagen betragen dann M. 4,84 wöchentlich. Für Arbeiter, die von ihrem zwanzigsten bis sechsundsechzigsten Jahre wöchentlich M. 26 verdient und dementsprechend eingezahlt hätte, würde demnach von seinem siebenundsechzigsten Jahre ab eine Wochenrente von rund M. 9 beziehen.

Es steht übrigens jedermann frei, sich durch erhöhte Beiträge auch eine höhere Rente zu verschaffen. Wer dies will, kann in jedem Jahre bis zu 30 Kronen über seine Verpflichtung hinaus in den Nationalpensionsfonds einzahlen. Der Staat legt zu dieser Einzahlung noch ein Achtel darauf. Die dadurch erlangte Rente beträgt für Männer 1,5 pZt. für jeden freiwillig pro Jahr gezahlten Mehrbeitrag, für Frauen fünf Zehntel der den Männern zusammengehörigen Summe.

Zur Durchführung des am 1. Januar 1914 in Kraft tretenden Gesetzes wird für jeden Eintritt ein Pensionsschein eingeleitet werden, das aus höchstens sechs Personen besteht. Die Mitglieder werden von den ländlichen und städtischen Gemeindevorständen gewählt, den Vorgesetzten bestimmt der Oberbehörde. Was die dem Staat aus dem neuen Gesetz erscheidenden Kosten anbelangt, so hat man berechnet, daß die Pensionen, die nur aus ihren eigenen Einzahlungen Renten beziehen werden, 5,7 pZt. aller Versicherten ausmachen werden. Die dem Staat aus der Ergänzung der Renten der anderen 34 pZt. entstehenden Kosten werden auf M. 5566 000 im ersten Jahre, allmählich steigend auf M. 41 120 000 nach Verlauf von 20 Jahren geschätzt.

Schweden hat mit dieser Versicherungslosgang für die ganze Bevölkerung, Reich so gut wie Arm, einen ganz neuen Weg beschritten, der zweifellos eine gewisse Annäherung an das sozialistische Staatsideal darstellt.

Gewerkschaftliche Kundgebungen

Gewerkschaftskongress für Barmen. Das Sekretariat der Gewerkschaften für Barmen und Umgebungen hat am 21. Januar im Saalbau eine Landeskonferenz, die sich mit der Arbeitslosigkeit und den Beziehungen der Gewerkschaften zu den Arbeitgebern beschäftigte. Von einem hiesigen Vertreter des Arbeiterkongresses Barmen wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die eine reichsweite, alle Arbeiter und Angestellten umfassende Kampfabstimmung und bis zu deren Durchführung die konstante Forderung der gemeinsamen Arbeitslosenunterstützung sowie Gewährung von finanziellen Zuschüssen an diese fordert. Auch wird die Zusammenkunft der Gewerkschaften zum Zweck der Einigung zu entsprechenden Maßnahmen für die Forderung der Gewerkschaften und Gewerbetreibenden für die Arbeitslosen und für Handwerker und Gewerbetreibenden, die nachweislich durch die Arbeitslosigkeit in Not geraten sind, betont.

Über die geschäftlichen Angelegenheiten berichten der Sekretär der Gewerkschaften, Gewerkschaften. Das Ergebnis dieser Arbeit ist folgendes: Die Gewerkschaften sind besonders beunruhigt, da in vielen Betrieben in Folge der Arbeitslosigkeit und steigende Konkurrenz keine neue Aufträge zu erwarten sind. Die Gewerkschaften haben sich deshalb mit den Arbeitgebern abgefunden. Die Folgen dieser Arbeit werden die Gewerkschaften in den nächsten Jahren zu erwarten haben. Diese Angelegenheiten müssen jetzt in den nächsten Gewerkschaften abgeklärt werden. Es geht auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gewerkschaften und es organisieren, damit der Umfang der „Ramen der letzten Stunde“, der diesmal in die Gewerkschaften mit einbezogen wurde. In den letzten Gewerkschaften habe die Arbeit unter dem Druck der Konkurrenz und unter der unzureichenden Erleichterung gelitten. Der Sekretär hat daher für die Gewerkschaften eine Spezialkommission ein, die sich mit der Gewerkschaft der Gewerkschaften beim Arbeitslosenunterstützung eine entsprechende Kommission ein. In der Diskussion waren alle Vorschläge über die Arbeit und in einer gemeinsamen Resolution wird an den nächsten Gewerkschaftskongress das folgende Entschlossen werden, die Mittel für die Gewerkschaften zu beschaffen in ausreichendem Maße zu beschaffen. Auch die Gewerkschaften dieser Gewerkschaften über die Aufhebung der Mittel zur Gewerkschaften diese Spezialkommissionen werden.

Für die Jahre 1913 und 1914 wurde der von den Gewerkschaften an das Sekretariat zu leistende Beitrag auf 5 1/2 bis 6 Mark und 10 Mark festgelegt.

Hygiene und Arbeit

Von den Arbeitgebern ist es vor Jahresfrist ein Gesundheitsgesetz für den Arbeitsschutz erlassen, das die Hygiene der Betriebe regelt. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Arbeitstätten so zu gestalten, daß die Arbeiter vor den ungesundheitlichen Einwirkungen der Arbeit geschützt sind. Die Arbeitstätten müssen so eingerichtet sein, daß die Arbeiter vor den ungesundheitlichen Einwirkungen der Arbeit geschützt sind. Die Arbeitstätten müssen so eingerichtet sein, daß die Arbeiter vor den ungesundheitlichen Einwirkungen der Arbeit geschützt sind.

Für die Arbeiter

Die Arbeiter sind verpflichtet, die Arbeitstätten so zu gestalten, daß die Arbeiter vor den ungesundheitlichen Einwirkungen der Arbeit geschützt sind. Die Arbeitstätten müssen so eingerichtet sein, daß die Arbeiter vor den ungesundheitlichen Einwirkungen der Arbeit geschützt sind. Die Arbeitstätten müssen so eingerichtet sein, daß die Arbeiter vor den ungesundheitlichen Einwirkungen der Arbeit geschützt sind.

Die Gewerkschaften sind verpflichtet, die Arbeitstätten so zu gestalten, daß die Arbeiter vor den ungesundheitlichen Einwirkungen der Arbeit geschützt sind. Die Arbeitstätten müssen so eingerichtet sein, daß die Arbeiter vor den ungesundheitlichen Einwirkungen der Arbeit geschützt sind. Die Arbeitstätten müssen so eingerichtet sein, daß die Arbeiter vor den ungesundheitlichen Einwirkungen der Arbeit geschützt sind.

Gewerkschaftliches

Gewerkschaftsbewegung in Japan. Ende Juni 1912 bestanden in Japan 994 Gewerkschaften, 713 mehr als am Jahresbeginn. Am 31. Dezember 1911 waren 63 pZt. der Gewerkschaften solche mit beschränkter, 37 pZt. solche mit unbeschränkter Mitgliedschaft. Die Gesamtmitgliederzahl stieg nach den Ermittlungen des Ministeriums für Arbeit und Handel auf 980 000. Der Gesamtbeitrag der Mittel der Gewerkschaften (Anteil, Reserven, Sparendosen, Anleihen) stieg bis zum 30. Juni 1912 auf reichlich 150 Millionen Mark. Der Zinsfuß für Anleihen betrug 1910 durchschnittlich 12 pZt. für Sparendosen 6 pZt. Die japanische Gewerkschaftsbewegung ist reichlich zehn Jahre alt, sie zeigt also eine fast beispiellos rasche und sichere Entwicklung.

Alkoholisches

Gemeinde und Alkohol. Von Ernst Mehlisch. Aufgeben der Gemeindegewalt im Kampf gegen den Alkoholismus. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H. Preis M. 1. Vereinsausgabe 50 s.

Das die Gemeinden viel zur Bekämpfung der Alkoholverbrauchs beitragen können, ist eine längst erzielte Tatsache. Und welche öffentliche-rechtliche Körperhaft wäre eher dazu berufen, als gerade die Gemeinden, die durch den Alkoholismus nicht nur finanziell belastet werden, sondern auch hohe ideale Güter einbüßen. Es ist deshalb zu begrüßen, daß in die von Paul Dittich herausgegebene Sammlung sozialwissenschaftlicher Abhandlungen eine Schrift über dieses Thema aufgenommen ist, worin der Verfasser Ernst Mehlisch ausführlich die Wege schildert, die sich den Gemeinden im Kampf gegen den Alkohol bieten. Mit Recht legt der Verfasser das Schwergewicht auf Aufklärung und Belehrung sowie auf eine von sozialen Gesichtspunkten geleitete Wohnung- und Verkehrsreform. Aber auch die Gesundheitsreformmaßnahmen unterzieht er einer kritischen Betrachtung, wobei er Licht und Schatten gleichmäßig zu verteilen bemüht ist. Als Anhang ist der Schrift ein Kapitel über das Alkoholkonsum und die Gemeinden beigegeben, das dem Leser die geschätzte Rolle des Einflusses des Brantkapitals vor Augen führt. Jeder Förderer des Kampfes gegen den Alkoholismus, vor allem jeder Gemeindevorsteher, wird aus der vom Verlag gut ausgearbeiteten Broschüre neue Anregungen für den Kampf gegen eine der schlimmsten Gefahren der Menschheit schöpfen können. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Der Brandenburger Rademacher Schatz von Anno 1790. Als eine lehrreiche und ergötzliche Begebenheit aus dem Leben des preussischen Staatsarchivs an den Tag gebracht von dem Vorstand des Deutschen Volkarbeiterverbandes, 28 Seiten. Lfm. Berlin 1913. Verlagsgesellschaft des Deutschen Volkarbeiterverbandes G. m. b. H. Preis 30 s.

Amieigen

Unsern lieben Kollegen **Georg Aschauer** und seiner lieben Frau **Marie Hackner** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung! [M. 3] J. J. J. Traustein.

Unsern Kollegen **Otto König** nebst seiner lieben Frau **Cecilie Wiegand** die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung! [M. 3] J. J. J. Frankfurt a. M. - Neu-Isenburg.

Unsern Kollegen **W. Lenartowski** nebst seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung! [M. 2, 10] Begrüßungstheater.

Schöne moderne Bäckerei und Konditorei (in einer Straßenside am Neberstein), nebst großem Laden und Wohnung bei M. 850 jährlicher Mietsumme, umständlicher für M. 30 000 bei M. 6000 Anzahlung zu verkaufen. Kontakt: L. Ritz, 1914. Chertel sind zu haben an J. L. 176, Postlagernd Rees a. Rhein. [M. 5]

Feine Konditorei mit Café Inhaberscheit für Juncostwert sofort zu verkaufen. H. H. Rodemann, Hamburg, Engl. Plank 4. [M. 2]

Bäckerei-Verkauf

Eine seit vielen Jahren mit bestem Erfolge betriebene Bäckerei und Konditorei in bester zentraler Lage in Karlsruhe i. B. ist hohen Alters wegen sehr billig zu verkaufen. Reinverdienst M. 2000 bis 3000 jährlich nachweisbar. Anzahlung M. 5000 bis 10000. Offerten an Gg. Heberle, Karlsruhe i. Baden, Neustraße 29. [M. 5]

Zur Anfertigung eleganter Herren-Garderobe nach Maß empfiehlt sich **Rudolf Müller**, Schneidermeister, Zwicken i. S., Ammerstr. 39.

Münchener Bäckerei- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Gg. Prem, Schneidermeister, Wallerstr. 19/20.

Künstliche Zähne, Plomben Zahnoperationen mit örtlicher Betäubung. Emil Bode, Zahnkünstler, Berlin N. Schönhauser Allee 43. Bei der Orts- u. Inzuzungskrankenkasse angestellt.

Berliner Bäcker! - Tanz-Unterricht Schönhauser Allee 28. - Bäcker-Verkehr. Sonntags 4 Uhr nachmittags, Mittwochs 8 Uhr abends. Aufnahme täglich. Honorar billig. Tanzlehrer E. Schütz.

Nürnberg Bäckerei- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Dorfuss, Schneidermeister, Haugasse 2, I. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen. (Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

- Freitag, 25. Januar:**
Kalen: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. - Bayreuth: Beim Reich, Ludwigstraße. - Bochum (Generalversammlung): 4 Uhr bei Schumann, Marktstraße. - Celle: 4 Uhr bei Knapp, Finkenstraße. - Gera (Gemeinschaftliche): 4 Uhr (Generalversammlung): 3 1/2 Uhr. - Jena (Generalversammlung): 3 Uhr im Nordstädter Gesellschaftshaus, Oberstr. 8. - Lemgo: 4 Uhr bei Zeismann. - Landsberg a. d. W.: 2 Uhr bei Daber, Wolkeplatz. - Leipzig (Generalversammlung): 2 Uhr im Volkshaus. - Lübeck (Generalversammlung): 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50. - Lüneburg: 3 Uhr in der „Lambertshalle“. - Mühlhausen (Generalversammlung): 3 Uhr bei Buddeberg, Mühlhagen, Peterstraße. - Sonneberg (Generalversammlung): 2 Uhr bei Wittmann in Steinach.

- Freitag, 27. Januar:**
Strasbourg: 1 1/2 Uhr „Bamberger Hof“, Seminarstraße.
Mittwoch, 28. Januar:
Hamburg-Altona (Seefahrer): 8 1/2 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberstraße 15. - Kiel: 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fährstr. 21. - München (Konditoren): Im Gasthof „Zum goldenen Lamm“, Jungferstraße 4. - Drauzheim: 2 Uhr „Zum Löwen“.

- Donnerstag, 29. Januar:**
Coblenz: 4 Uhr „Zum wilden Mann“, Moselstraße. - Göttingen: 3 Uhr „Zum neuen Welt“, Milchstr. 5. - Götting (Öffentliche): 3 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Obermarkt. - Mannheim: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, F. 4, 8. - Stuttgart (Bäcker): 3 Uhr in der „Popperhalle“, Christenstraße 24; (Konditoren): 8 Uhr in der „Popperhalle“, Christenstraße 24.

- Freitag, 1. Februar:**
Apoth: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. - Celle (Generalversammlung): 4 Uhr bei Knapp, Finkenstraße. - Chemnitz (Generalversammlung): 3 Uhr im Volkshaus. - Crefeld: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus, Brate Straße. - Dortmund: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Seifingstraße. - Duisburg: Vorm. 10 1/2 Uhr im „Vierenthaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. - Düsseldorf: Vorm. 10 1/2 Uhr im Volkshaus. - Flensburg: Vorm. 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schloßstr. 12. - Gera: 3 Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorfer Straße. - Gera: 3 Uhr „Zum Hammer“. - Hamburg-Altona (Generalversammlung): 2 Uhr im Gewerkschaftshaus. - Hannover (Textfabrikation): Bei Wolf, Schillerstr. 4. - Pommern: Bei Lehmann, Holzberg 7. - Silberstein: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goldenstraße 23. - Hof: Vorm. 10 Uhr „Zum goldenen Lamm“. - Simsbach i. E.: 3 Uhr in der „Karlsburg“, Karlstr. 14. - Tübingen: 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Beiliger Straße. - Weiden: 2 Uhr bei Gsch. Schreinerberg. - Weiden: 3 Uhr „Zum Deutschen Kaiser“. - Zwickau: 3 Uhr im „Zivoli“, Herberstraße. - Zwickau: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. - Zwickau (Generalversammlung): 2 1/2 Uhr im „Zwickau“, Anhalt. - Zwickau: 2 Uhr. - Zwickau: 3 Uhr im Restaurant „Zwickau“. - Zwickau: Vorm. 10 Uhr bei Zwickau. - Zwickau: 4 Uhr bei Bräumer, Zwickau, Holli-Strasse 55.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Seidler, Hamburg, Holtenauerstr. 57. - Verlag von D. Altmann, Hamburg. - Postamt Hamburg-Neustadt und Verlagsanstalt Ruck & Co. in Hamburg.